

BLICKPUNKT BUNDESTAG

www.blickpunkt-bundestag.de



Februar 1/2007
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

Bundestag und EU-Ratspräsidentschaft

Brücken bauen für Europa

Reportage
Fabelhafte Fünf
Die Kinderkommission

Interview
Nobelpreisträger
Imre Kertész

wir sehen

große Sicherheit für kleine Entdecker.

Microsoft hat mit Partnern der Initiative „Deutschland sicher im Netz“ ein spezielles Portal für Schulkinder entwickelt. Auf unterhaltende und interaktive Art lernen kleine Entdecker online alles über den sicheren Umgang mit dem Internet. Eltern und Pädagogen steht ein Medienkoffer mit Informationen und Materialien zur Verfügung. Erfahren Sie mehr unter www.microsoft.com/germany/potenzial



Ihr Potenzial. Unser Antrieb.
Microsoft®

INHALT

Begegnungen

2 Medien, Kunst, Gesetze

Titel

4 Brücken bauen für Europa
Der Bundestag zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Inkognito

10 Querdenker auf geradem Weg

Interview

11 „Ich rolle den Fels immer wieder hinauf“
Literaturnobelpreisträger Imre Kertész

Reportage

14 Fabelhafte Fünf für kleine Leute
Die Kinderkommission des Bundestages

Menschen

19 Mosaik aus Bildern und Menschen
Kunstgruppe KUNST INTERN

Details

22 Transparent & grandios

Debatte

24 Gerüstet für den Ernstfall „Normalität“?
Forum: Auslandseinsätze der Bundeswehr

30 Viel Rauch um nichts?
Streitgespräch: Nichtrauchererschutz

Essay

33 Islamkonferenz zwischen Religion und Politik
von Jamal Malik

Panorama

34 Drei Fragen an Abgeordnete
Harald Terpe, Bündnis 90/Die Grünen

34 Buchtipp
Julia Klöckner, CDU/CSU

35 Helden des Alltags
Report: Bürgerpreis 2006

36 Interessieren Sie Baumaßnahmen
im Kreuzungsbereich, Frau Bluhm?
Experten: Heidrun Bluhm, Die Linke.



Dieser Ausgabe von BLICKPUNKT BUNDESTAG liegt das Sonderthema **Das Präsidium des Deutschen Bundestages** bei.

Titel: Satellitenbild von Europa.

(Berichtigung: Anders als aus der Deutschlandkarte auf dem Titelbild der Ausgabe 7/2006 hervorgeht, sind Brandenburg und Niedersachsen nach einer Änderung des Grenzverlaufs vor rund zehn Jahren an der Elbe direkt benachbart.)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahresbeginn hat Deutschland mit der Übernahme der **EU-Ratspräsidentschaft** und des Vorsitzes der G-8 eine besondere Verantwortung für die weitere Entwicklung Europas und der internationalen Beziehungen insgesamt übernommen. Aus diesem Anlass informiert BLICKPUNKT BUNDESTAG darüber, wie die Bundestagsabgeordneten in EU-Angelegenheiten mitwirken und welche Erwartungen die Fraktionen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft richten.



Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesen Tagen der *Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus*. Erstmals richtet mit dem ungarischen Schriftsteller und Auschwitzüberlebenden **Imre Kertész** ein Nobelpreisträger das Wort an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. BLICKPUNKT BUNDESTAG hat ihn nach seinen Ansichten zur Gedenkkultur, zum Erstarken des Rechtsextremismus und zur Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland befragt.

Dieser Ausgabe liegt zudem das Sonderheft **Das Präsidium des Deutschen Bundestages** bei. Es berichtet zum einen über die Aufgaben des Bundestagspräsidenten sowie seiner sechs Stellvertreterinnen und Stellvertreter und stellt Ihnen zum anderen die Mitglieder des Präsidiums als Personen vor. Einen eigenen Eindruck vom Parlament können Sie sich bald im Rahmen des *Tages der Ein- und Ausblicke* verschaffen. Am 25. März wird der Deutsche Bundestag seine Türen öffnen und Ihnen einen Blick hinter die Kulissen erlauben. Hierzu dürfen wir Sie bereits heute herzlich einladen.

Ihre Redaktion

MITTENDRIN STATT NUR DABEI

waren die 40 Jugendlichen, die im Dezember vergangenen Jahres am Jugendmedienworkshop teilnahmen. Eine Woche lang beschäftigten sich die Nachwuchsjournalisten unter dem Motto „Denk ich an Deutschland ...“ mit Deutschlandbild, neuem Patriotismus und Gefahren des Nationalismus. Bereits zum vierten Mal ermöglichte der Bundestag in Zusammenarbeit mit der Jugendpresse Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung einen Blick hinter die Kulissen der Berliner Politik- und Medienwelt. Diskussionen mit Abgeordneten und Journalisten, Einblick in die Arbeit des Parlaments und Besuche in Redaktionen standen auf dem Programm, ebenso wie eigene Recherchen und Texte. Am Ende der verdiente Lohn: eine eigene Zeitung über fünf unvergessliche Tage.



Begegnungen im Parlamentsviertel MEDIEN, KUNST, GESETZE

Der Bundestagspräsident hat eine Fülle von Aufgaben. Als Repräsentant des gesamten Parlaments leitet er nicht nur die Plenarsitzungen, das Präsidium und den Ältestenrat, sondern hat den Bundestag auch bei zahlreichen Anlässen nach außen zu vertreten, nicht nur bei „Staatsbesuchen“ von ausländischen Gästen in Berlin. Gleichzeitig ist er nach der Geschäftsordnung „oberste Dienstbehörde der Bundestagsbeamten“.

Gesetzgebungskunst

Norbert Lammert, der als Abgeordneter ja auch noch Mitglied der CDU/CSU-Fraktion ist, hat wieder einmal eine dichte Terminliste. Heute leitet er am Morgen die Plenardebatte, anschließend hat er im Reichstagsgebäude den Wissenschaftspreis des

Bundestages zu verleihen. Die Auszeichnung geht an den Rechtshistoriker **Bernd Mertens** von der Uni Erlangen-Nürnberg für das Werk „Gesetzgebungskunst im Zeitalter der Kodifikationen“. Lammert dankt der Jury, dass sie ein besonders gut lesbares Werk ausgesucht habe, was nicht für jede juristische Literatur gelte. Hier gelte es sogar für die Fußnoten. Er empfiehlt das 549 Seiten starke Buch zur Lektüre. Es handle von der „spannenden Frage nach der Verständlichkeit der Gesetze“. Ihm gefalle aber allein schon der Titel mit dem Wort „Gesetzgebungskunst“.

Dass dieser Titel keine Zustandsbeschreibung, sondern eher eine Aufforderung an den Gesetzgeber ist, erläutert die scheidende Vorsitzende der Jury, die Historikerin **Prof. Marie-Luise Recker**. Noch deutlicher wird Jurymitglied **Ulrich Karpen**, Rechtsprofessor aus Hamburg: „Wir haben zu viele und zu schlechte Gesetze.“ Er zitiert Bismarck: „Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustande kommen, kann nachts nicht mehr ruhig schlafen.“

Neben dem Wissenschaftspreis vergibt der Bundestag auch einen Medienpreis. **Robert Birnbaum**, Parlamentsreporter des Berliner Tagesspiegel, wird Mitte Januar ausgezeichnet.

Er hat sich in einem Essay der „Dynamik eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ gewidmet.

Stilvoller Abschied

Einen Tag später hat Lammert eine Aufgabe als oberster Dienstherr zu erfüllen. Ministerialdirektor **Friedhelm Maier** wird – zwei Tage nach seinem 65. Geburtstag – in den Ruhestand verabschiedet. Er und seine Frau **Inge Maier-Sauerborn** haben viele Hände zu schütteln. Neben den Präsidiumsmitgliedern **Gerda Hasselfeldt**, **Susanne Kastner** und **Wolfgang Thierse** sind zahlreiche frühere und aktive Mitarbeiter des Bundestages gekommen und auch **Annemarie Renger**, die erste Frau im Amt des Bundestagspräsidenten. Für sie hatte Maier 1972 gearbeitet. Lammert dankt Maier für seine Arbeit und sagt, es sei guter Stil, jemanden, der so lange und in so herausgehobener Position für den Bundestag tätig gewesen sei, nicht unauffällig in den Ruhestand verschwinden zu lassen.

Seelenverwandtschaft

Als oberster Repräsentant des Bundestages hat der Präsident auch die Kontakte zu den Medien zu pflegen. Auf dem schon traditionellen Presse-

empfang kurz vor der Jahreswende geht Lammert unter Hinweis auf neuere Untersuchungen auf die Seelenverwandtschaft von Politikern und Journalisten ein. Beide seien gestresst, aber überwiegend zufrieden. Der Präsident fühlt sich auch von den Medienleuten „ganz überwiegend gut behandelt“.

Guido Heinen, Leiter des Bereichs Presse und Kommunikation des Bundestages, rührt an diesem Abend die Werbetrommel für die Zeitung „Das Parlament“, die „optisch ein neues Gesicht und inhaltlich ein neues Format“ erhalten und Informationen verschiedener Quellen aus dem Bundestag bündeln soll. Es sei orientiert an den heutigen Lesegewohnheiten und arbeite mit modernen Layoutelementen. „Künftig wird ‚Das Parlament‘ tatsächlich wie eine Zeitung gegliedert sein, mit klassischen Ressorts, mit Stücken über Menschen im Parlament und in der Politik und mit möglichst vielen Texten, die das politische Geschehen aus der Nähe abbilden.“

Ironische Pfeile

Das Amt des Bundestagspräsidenten erlaubt seinem Inhaber auch ab und an Anlässe, die mit seinen persönlichen Vorlieben in Einklang stehen. Lammert, der gern liest, schreibt, musiziert und der auch schon einmal die Berliner Philharmoniker dirigieren durfte, hat den gerade 70 gewordenen **Wolf Biermann** zu einem Heinrich-Heine-Abend in die Halle des Paul-Löbe-



Schwieriges Vaterland?
Wolf Biermann beim Heine-Abend.

Hauses eingeladen. Der Abend biete eine Gelegenheit, zwei Dichtern den Dank eines schwierigen Vaterlandes auszusprechen, dem sie so oft die Leviten gelesen haben.

Biermann freut sich, „dass Sie mich hergezottelt haben“, und bringt dem Publikum, Abgeordneten, Journalisten, Bundestagsmitarbeitern den zu Lebzeiten in Deutschland vielfach angefeindeten Heinrich Heine nahe. Biermann wäre aber nicht Biermann, wenn er nicht einige ironische Pfeile auf den Dichter abschießen würde. So habe der sich in einem Brief an den bayerischen König um eine Stelle am Hof beworben. Heine habe Beamter werden wollen. Vom Gastgeber will Biermann dann wissen: „Herr Lammert, sind Sie Beamter?“. Die spontane Antwort lautet: „Um Himmelswillen.“ Zwar ist er nicht Beamter, weiß aber die Unterstützung durch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundestagsverwaltung sehr zu schätzen.

Text: Klaus Lantermann

VERANSTALTUNGSTIPP:

Tag der Ein- und Ausblicke

25. März 2007 im Deutschen Bundestag

Im Rahmen des „Tages der Ein- und Ausblicke“ öffnet der Deutsche Bundestag am 25. März erneut seine Türen für die Öffentlichkeit. Diesmal steht der Tag der offenen Tür im Fokus des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge und der parlamentarischen Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Aus diesem Anlass richtet auch die Bundesregierung rund um das Brandenburger Tor, Unter den Linden und im Umfeld des Reichstagsgebäudes ein Bürgerfest aus. Am „Tag der Ein- und Ausblicke“ des Deutschen Bundestages kann neben dem Reichstagsgebäude und dem Paul-Löbe-Haus mit seinen Ausschusssitzungssälen auch das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus besichtigt werden. Auf den Wegeführungen durch die Gebäude werden ein attraktives Programm sowie Informationen zur parlamentarischen Arbeit und den Liegenschaften des Bundestages angeboten.



„Tag der Ein- und Ausblicke“ im Bundestag
Sonntag, 25. März 2007, 9 bis 24 Uhr
(letzter Einlass 23 Uhr)

TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

bis 18. Februar

Willy-Brandt-Haus
Stresemannstraße 28
Bruno Barbey: Marokko. Ein Portrait meines Landes
Fotografische Aufnahmen voller Licht, Farbe und Kontrast
Ausstellung
Dienstag bis Sonntag von 12 bis 18 Uhr
Eintritt frei, Ausweis erforderlich

bis 4. März

Bundeszentrale für politische Bildung
mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3
Rock! Jugend und Musik in Deutschland
Eine Zeitreise durch 50 Jahre Rockmusik in Ost und West, präsentiert durch audiovisuelle Medien und mit besonderen Ausstellungsstücken von Rockikonen.
Ausstellung
Dienstag bis Sonntag von 10 bis 19 Uhr
Eintritt frei

18. Januar bis 4. März

Landesvertretung Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
23. Rückblende: Ausstellung der 100 besten politischen Fotografien und Karikaturen des Wettbewerbs 2006 zum Leben in Deutschland
Veröffentlichung aller eingereichten Arbeiten auch auf www.rueckblende.rlp.de
Tägl. (auch am Wochenende)
von 10 bis 20 Uhr
Eintritt frei

31. Januar bis 21. Februar

Landesvertretung Sachsen
Brüderstraße 11/12
Begegnungen, die berühren
Via Sacra – die „Heilige Straße“
Ausstellung über die „Via Sacra“, die im Länderdreieck Deutschland, Polen und Tschechien 16 bedeutende sakrale Bauwerke und Kunstschätze verbindet.
Täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei
Gruppen werden gebeten, sich vorher telefonisch anzumelden.
Tel.: (0 30) 20 60 60

20. Februar, 20 Uhr

Akademie der Künste
Pariser Platz, Plenarsaal
Uwe Johnson/Walter Kempowski
„Kam beweisbare Ähnlichkeiten“
Zwei norddeutsche Charaktere begegnen sich hier, zwei unterschiedliche Temperamente, zwei Außenseiter, zwei Erzähler mit Hang zu literarischen Großprojekten.
Otto Sander und Peter Fitz lesen aus dem Briefwechsel. Einführung Eberhard Fahlke.
Eintritt 5 Euro, ermäßigt 4 Euro

Brücken bauen für Europa

Der Bundestag
zu Beginn der deutschen
EU-Ratspräsidentschaft

Seit dem 1. Januar hat Angela Merkel neben ihrem Parteivorsitz und der Kanzlerschaft noch zwei weitere „Hüte auf“: Sie ist für sechs Monate EU-Ratspräsidentin, also Chefin der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat der Europäischen Union. Außerdem übernimmt sie 2007 den Vorsitz der G-8, dem Klub der acht größten Industrieländer der Welt.

Viel internationale Verantwortung für Deutschland also – und alles ein reines Regierungsgeschäft? Weit gefehlt. Seit Monaten sind Gremien und Abgeordnete des Bundestages an den Vorbereitungen beteiligt, begleiten das Vorankommen bei vielen verschiedenen Themen. Wenn die Welt erwartungsvoll auf Deutschland schaut, hängt ein Erfolg nicht zuletzt

von der Arbeit und den Impulsen aus dem parlamentarischen Raum ab. Zu Beginn des Europajahres mit EU-Ratspräsidentschaft und 50. Jahrestag der Römischen Verträge hat BLICKPUNKT BUNDESTAG ins Parlament hineingehorcht: Was sind die Themen, was die Erwartungen, und wie greifen die Abgeordneten und Fraktionen ins europäische Geschehen ein?



Zeitlich war es Zufall, inhaltlich nicht: Rechtzeitig vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft schlossen Bundestag und Bundesregierung eine Vereinbarung über eine noch intensivere Zusammenarbeit und Mitwirkung des Bundestages in EU-Angelegenheiten ab. Und pünktlich zum Start der Präsidentschaft nahm ein Verbindungsbüro des Bundestages in Brüssel seine Arbeit auf. Als „zwingend“ bezeichnet Bundestagspräsident Norbert Lammert im Gespräch mit BLICKPUNKT BUNDESTAG die Beteiligung der Parlamente an der europäischen Politik.

Aus der Sicht von Regierungen störten die Parlamentarier gelegentlich. Jedoch: „Manchmal muss man zu der Einsicht verhelfen, dass sie in bestimmten Situationen auch für Regierungen sehr hilfreich sein können“, betont Lammert nachdrücklich. Vor allem in den internationalen Beziehungen könnten Abgeordnete auf viele Beispiele verweisen, in denen die offizielle Diplomatie sich festgefahren hat und die Abgeordneten und ihre in vielen Begegnungen gewachsenen vertrauensvollen Kontakte zu wichtigen Sondierungen und neuen Bewegungen genutzt werden können.

Parlament als Gastgeber

Hinzu kommen die gewandelten Rahmenbedingungen. Lammert: „Glücklicherweise haben wir inzwischen einen Zustand der Europäischen Union, in der deren eigene Meinungsbildung und Rechtssetzung nicht allein durch Vereinbarungen zwischen Regierungen zustande kommt, sondern durch eine formalisierte Mitwirkung des Europäischen Parlaments. Und umgekehrt bedarf jede auf europäischer Ebene zustande gekommene Vereinbarung in ihrer nationalen Umsetzung der Mitwirkung der jeweiligen Parlamente.“ Sprich: Die Regierung macht's – aber nur mit dem Parlament schafft sie es auch.

So wie die Regierung während der Ratspräsidentschaft eine Fülle von

Bundestagspräsident Norbert Lammert und Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag.

Fachministerkonferenzen organisiert, laufen auch auf parlamentarischer Seite eine Serie von Aktivitäten. In Brüssel gibt es zwei große Parlamentarierkonferenzen, zu denen die Präsidenten von Europäischem Parlament und Bundestag einladen, und auch die thematischen Details der Ratspräsidentschaft werden parallel von fachlich versierten Abgeordneten bei Treffen in Deutschland behandelt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die COSAC („Conférence des Organes Spécialisés dans les Affaires Communautaires“), eine regelmäßige Beratung europapolitischer Themen durch die jeweiligen Fachausschüsse der nationalen Parlamente, die sich mit Europafragen befassen. Natürlich haben dabei der Bundestag und sein Europaausschuss während der deutschen Ratspräsidentschaft die Aufgabe des Gastgebers, von dem auch koordinierte parlamentarische Impulse erwartet werden – eine große organisatorische und politische Herausforderung.

Worauf richten die fünf Fraktionen ihr besonderes Augenmerk? Übereinstimmend sehen die fünf Obleute des Europaausschusses spürbare Fortschritte beim EU-Verfassungsvertrag ganz weit oben auf der Agenda. Die FDP erwartet etwa, dass die Bundesregierung „mehr Ehrgeiz zeigt“. Ihr Obmann Markus Löning hat das Gefühl, es gebe ein Erwartungsmanagement nach dem Motto „Erwartungen runterschrauben, dann ist schon das kleinste Ergebnis ein großer Erfolg“. Dabei habe Deutschland doch immer eine ausgleichende Rolle gespielt, sei stets Mittler zwischen Ost, West, Nord, Süd, Großen und Kleinen gewesen.

Deshalb reiche es beim Verfassungsprozess nicht aus zu sagen: Wir stellen mal einen neuen Zeitplan auf. Löning: „Nötig ist vielmehr ein Mandat für eine neue Regierungskonferenz mit inhaltlichen Eckdaten über die Verhandlungen.“ Das müsse straff organisiert und vor den Europawahlen 2009 erledigt sein. Löning, zugleich Vizepräsident der Europäischen Liberalen, hat im Vorfeld aus vielen Ländern die klare Botschaft gehört: „Ihr Deutschen habt das nötige politische Gewicht, ihr müsst den Knoten jetzt durchschlagen.“ Aber auch von außerhalb

Europas, etwa aus Kanada, komme die dringende Empfehlung: „Macht mal euren Verfassungskram fertig und werdet wieder richtig handlungsfähig, wir haben wichtige Handelsthemen und Sicherheitsfragen mit euch zu besprechen, und ihr seid mit eurer inneren Organisation beschäftigt.“

Für die Fraktion Die Linke ist ebenfalls klar, dass Deutschland die EU-Verfassung „wieder aufs Gleis bringen muss“, wie Obmann Alexander Ulrich betont. Franzosen und Niederländern könne derselbe Text nicht ein zweites Mal zur Abstimmung vorgelegt werden, es müsse einen Neuanfang geben. Ulrichs Vorschlag: Auch außerparlamentarische Bewegungen, Verbände und Gewerkschaften mit einladen, die positiven Bestandteile des jetzigen Entwurfs retten, die soziale Frage klarer darstellen und dann einen alternativen Verfassungsvertrag mit den Europawahlen 2009 in allen Ländern zur Abstimmung stellen. Insofern sei die Krise, in der die EU stecke, eine Chance, die EU „demokratischer, friedlicher, sozialer zu gestalten“.

Mehr Einfluss in Brüssel

Auch die SPD erwartet von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dass „die Dimension der europäischen Sozialpolitik“ herausgestellt wird, das europäische Sozialmodell müsse in Abgrenzung zur amerikanischen Praxis und zum asiatischen Verständnis weiterentwickelt werden. SPD-Obmann Axel Schäfer listet auf: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf gleicher Augenhöhe, funktionsfähige Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, Kompromiss als klassisches Instrument



Am 25. März 1957: Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Europäischen Atomgemeinschaft.

von Interessenausgleich, solidarische Finanzierung, staatliche Mitverantwortung ...“ – auf vielen Feldern gebe es Handlungsbedarf auf EU-Ebene. „Die Leute erwarten mehr Sozialgemeinschaft und glauben, dass Europa hier noch viel nachzuholen hat“, erläutert Schäfer. Dabei war die Frage der Beschäftigung in den 50 Jahren seit den Römischen Verträgen stets zentral. Höchste Zeit also aus Sicht der SPD, dass EU-Gesetzentwürfe künftig nicht nur auf ihre Binnenmarkttauglichkeit, sondern auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist wichtig, dass der Kern der künftigen Verfassung klar auf den Tisch kommt, dass statt Regierungsgeheimdiplomatie die Menschen in die Debatte einbezogen werden. Das andere

wichtige Thema für Obmann Rainer Steenblock ist der europäische Energiemarkt. Da gibt es zum einen die Verknüpfung von Versorgungssicherheit und innerer Demokratie in den Lieferländern. „Wir dürfen die Menschenrechtsfragen nicht gegen die Energie verkaufen.“ Daneben seien Wettbewerbsregelungen dringend nötig. Die Monopolstrukturen müssten durchbrochen werden, damit die Verbraucher unter den Anbietern wählen und sich zugleich auch kleinere am Markt behaupten könnten. Steenblock: „Dieses Energiewettbewerbsrecht auf europäischer Ebene ist eine ganz große Herausforderung für die deutsche Ratspräsidentschaft.“

Steenblock kann eine „gewisse Enttäuschung“ nicht verbergen, wenn er an den ersten Praxistest des neuen



Ein Treffen der Generationen

gab es im Bundestag anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Bei der Veranstaltung „Europa neu sehen“ im Dezember diskutierten Schüler von fünf Berliner (Europa-)Schulen mit dem Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments (EP). Begrüßt wurden sie von EP-Präsident Josep Borrell Fontelles (Nachfolger seit Januar: Hans-Gert Pötering) und von Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Rätewirren in Europa Wer macht was?

Deutschland hat derzeit die Federführung in Europa – aber wer da genau zur Beratung zusammentritt, sorgt oft für Irritationen. Und das hat mit begrifflichen Ähnlichkeiten zwischen Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Europarat zu tun.

Hinter den als „EU-Gipfel“ bezeichneten Zusammenkünften steckt der Europäische Rat. Der setzt sich zusammen aus dem jeweiligen Ratsvorsitzenden (derzeit Angela Merkel), den Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsstaaten und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, unterstützt von den Ministern für auswärtige Angelegenheiten und einem weiteren Kommissionsmitglied. Als oberstem Gremium der EU kommt dem Europäischen Rat die Leitlinienkompetenz zu.

Davon unabhängig ist der Rat der Europäischen Union, der aus den Fachministern der EU-Mitgliedsländer besteht. Er wird oft auch einfach „Rat“ oder „Ministerrat“ genannt. Es gibt ihn derzeit in neun Formationen. Tagen die Außenminister, heißt er „Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“, kommen die Wirtschafts- und Finanzminister zusammen, heißt er „Ecofin-Rat“. Der Rat ist das EU-Organ, über das die Mitgliedsstaaten an der EU-Gesetzgebung mitwirken.

Nichts mit den Organen und Gremien der EU zu tun hat der Europarat. Er wurde 1949 gegründet und zählt inzwischen 46 Mitglieder. Deutschland gehört seit 1951 dazu. Sein Ziel ist es, die Zusammenarbeit der Staaten in Europa zu fördern. Die Debatten können allgemeiner gehalten sein, immer wieder aber auch in völkerrechtlich verbindliche Konventionen münden, die eine Verständigung auf Werte und Regeln weit über die EU hinaus bedeuten.

Kooperationsabkommens zwischen Bundestag und Bundesregierung denkt. „Wir sollten viel stärker beteiligt werden – und was erleben wir jetzt bei der Vorbereitung der Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge? Da wird das Parlament völlig draußen gehalten. Wir erfahren so gut wie nichts.“ Seine Befürchtung: „Eine Erklärung aus viel heißer Luft.“ Wer Europa voranbringen wolle, indem er sich auf die Regierungsebene beschränke und nicht darauf achte, die Menschen und die Parlamente mitzunehmen, der müsse scheitern: „Das ist nicht der Weg, auf dem Europa erfolgreich sein kann.“

Es ist keine Überraschung, dass dies in der Regierungskoalition anders wahrgenommen wird. „Wir sind in informellen Runden und auch in den Ausschusssitzungen seit einem guten halben Jahr in die Vorbereitungen eingebunden“, berichtet der CDU/CSU-Obmann Michael Stübgen. Zwar lautet auch für ihn das erste Resümee der neuen Kooperation zwischen Parlament und Regierung in Europafragen: „Da muss noch eine ganze Menge dazukommen.“ Doch die Bundesregierung habe ihre Verpflichtung zur Informationsübermittlung eingehalten. Jetzt ergebe sich ein Mengenproblem: Wie die riesige Fülle von Informationen richtig kanalisieren? „Wir sind noch nicht so weit, dass wir die Strukturen vollständig organisiert

haben“, sagt Stübgen für die Bundestagsseite. „Da müssen wir noch eine ganze Menge machen.“

An anderer Stelle sieht Stübgen aber auch bei der Regierung noch Bedarf, sich umzustellen. Etwa was das Weitertragen von Bundestagspositionen nach Brüssel anbelangt. Die Bundesregierung muss sich um Einvernehmen mit dem Bundestag bemühen und im Ministerrat einen Parlamentsvorbehalt einlegen, wenn ein Beschluss des Bundestages in einem seiner wesentlichen Belange dort nicht durchsetzbar ist. Nachdem der Ausschuss zum Kommissionsprojekt einer Grundrechteagentur, die EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten bei Grundrechtsfragen zuarbeiten soll, deutliche Bedenken artikuliert hatte, reagierte die Regierung hinhaltend. Bei den konkreten Verhandlungen kamen kritische Töne von einigen anderen Regierungen, nicht jedoch von der deutschen. Stübgen: „Die Bundesregierung wird sich daran gewöhnen müssen, dass wir auch Protokolle lesen.“ Deshalb ist sich der Unionspolitiker mit Blick auf fehlende Umsetzung von Bundestagspositionen im europapolitischen Alltagsgeschäft sicher, „dass wir das im Laufe der nächsten Monate abstellen“. Der Ausschussvorsitzende Matthias Wissmann (CDU/CSU) hat anlässlich der Kontroverse um die Grundrechteagentur in einem zwischen den

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Gespräch mit dem Europaausschussvorsitzenden Matthias Wissmann (CDU/CSU).



Das Bundeskabinett beriet am 9. Januar in Berlin mit den Mitgliedern der EU-Kommission das Arbeitsprogramm der EU-Ratspräsidentschaft.

Fraktionen abgestimmten Brief an die Regierung deutlich gemacht, dass das Parlament künftig verbindliche Vorgaben in der Europapolitik machen werde.

Kurze Drähte nach Europa

Dennoch sind die Abgeordneten nicht allein auf die Bundesregierung angewiesen, wenn sie erfahren wollen, wie die internationale Meinungsbildung läuft. Seit Anfang des Jahres hat der Bundestag ein eigenes Büro in Brüssel, das Informationen sammelt und als eine Art „Frühwarnsystem“ Hinweise auf EU-Vorhaben geben soll, die im Laufe der Beratungen auch für den Bundestag wichtig werden könnten. Nicht minder wichtig sind die kurzen Drähte, die jede Bundestagsfraktion mit ihren jeweiligen Parteifreunden in anderen europäischen Ländern und in den Fraktionen des Europäischen Parlaments pflegt.

Auf dieser Schiene kamen schon im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft eine Menge Zusatzwünsche in Berlin an. So interessant dabei jeder Anstoß war, so sehr gingen die deutschen Gesprächspartner aus den großen Fraktionen allmählich zu einer eher abwartenden Haltung über: „Das eigentliche Problem ist, dass von unseren europäischen Parteifreunden zu viel an uns herangetragen worden ist“, schildert CDU/CSU-Obmann Stübgen.

So sei der Wunsch geäußert worden, auch die künftige Finanzverfassung noch mit auf die Tagesordnung zu stellen. „Da mussten wir dann beginnen, die Erwartungen herunterzuschrauben – wir werden eben nicht alle Probleme Europas und der Welt in einem halben Jahr lösen können“, berichtet Stübgen. Die Europapolitiker aller Fraktionen loben daher die Bemühungen der Bundesregierung, eine Kooperation mit Slowenien und Portugal, die die nächste und übernächste EU-Ratspräsidentschaft innehaben, zu installieren. Im Dezember hat der Rat das 18-Monats-Programm gebilligt. Damit sollen Projekte, die jetzt begonnen werden, unter der Ägide der folgenden Präsidentschaften fortgesetzt werden.

Nicht nur der Bundestag als Ganzes, nicht nur die Ausschüsse, sondern

auch die Fraktionen begleiten die Ratspräsidentschaft mit eigenen Veranstaltungen. Die Fraktion Die Linke etwa lädt für den 9. März, also im Vorfeld der Berliner Erklärung der Staats- und Regierungschefs am 25. des Monats, die Parteifreunde aus anderen europäischen Ländern zu einem Treffen ein, bei dem über ein friedlicheres, demokratischeres, sozialeres Europa nachgedacht werden soll. „Möglicherweise findet das seinen Abschluss in einer linken Berliner Erklärung – sozusagen als Gegenentwurf zu dem, was 14 Tage später passiert“, kündigt Obmann Ulrich an.

Mit einer besonderen Symbolik leitete die SPD-Fraktion die Ratspräsidentschaft ein: Sie versammelte sich komplett im Europäischen Parlament in Brüssel, um ihre Arbeitsschwerpunkte für 2007 zu besprechen. Kommissionsmitglieder und Europaabgeordnete waren mit von der Partie. Axel Schäfer hatte die Idee. Für ihn ist das „ein wichtiges Signal und auch eine Selbstverpflichtung, dass wir uns in Zukunft stärker mit der europäischen Dimension von Politik befassen.“ Und es war auch ein Zeichen nach innen. Die Botschaft: „Europapolitik funktioniert eigentlich so wie die Zusammenarbeit von Bund und Ländern.“

Also eine klare Europaperspektive aus dem Bundestag für die Präsidentschaft. Was davon Wirklichkeit wird – spätestens die nächste deutsche EU-Ratspräsidentschaft wird es zeigen. 2020 stünde diese an – es sei denn, der Verfassungsvertrag tritt wie geplant in Kraft, wodurch die turnusmäßige Präsidentschaft durch einen auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten abgelöst würde.

Text: Gregor Mayntz



Broschüre „Bundestag und Europa“

Mit Informationen über Geschichte und parlamentarische Praxis, die Institutionen der EU und die internationalen Beziehungen des Bundestages.

Download und Online-Bestellung unter:

www.bundestag.de/interakt/infomat

Per E-Mail: infomaterial@bundestag.de

Umfassendes Informationsangebot auf **Bundestag online** mit Themen, Terminen und Hintergrundinfo zur EU-Ratspräsidentschaft. www.bundestag.de





Querdenker auf geradem Weg

Wer war's? fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Redlich, selbstlos, streng, pflichtbewusst, vor allem mutig nannten ihn seine Zeitgenossen. Er selbst sagte: „Die Kardinalsünde eines Politikers ist die Feigheit.“

Diesem Leitsatz getreu geht er seinen geraden Weg. Zum Beispiel Anfang der 50er Jahre, als der evangelische Theologe sich zunächst weigert, dem Ruf seiner Landeskirche zur Rückkehr in seine Heimat zu folgen. Denn der gebürtige Sachse hat sich während seines Studiums im Westen eingelebt und politi-

sche Freunde in der Gesamtdeutschen Volkspartei von Gustav Heinemann gefunden, auch er ein politischer Querkopf. Schließlich geht unser Kandidat doch in die DDR und kehrt erst 1990 als Bundestagsabgeordneter in den Westen zurück. Auch in dieser Funktion scheut er nie das offene Wort und den Konflikt mit den eigenen Leuten.

Der 1929 am Rande der Sächsischen Schweiz geborene Sohn eines Verwaltungssekretärs kommt als Kind nach Dresden, erlebt dort die Bombennächte und den Untergang der Stadt. Nach Studium und Promotion arbeitet er als Gemeindepfarrer, später als Kirchenhistoriker. Schon früh macht er in der Oppositionsbewegung der DDR mit. Er inspiriert mit seinen Ideen die Bürgergruppe Demokratie Jetzt, die dem Sozialismus „seine eigentliche, demokratische Gestalt“ geben möchte. Gegen den Strom sprechen er und seine Mitstreiter sich für den



Unser Kandidat 1992 in Leipzig mit Wolfgang Thierse und Friedrich Schorlemmer.

Fortbestand der DDR in einer Konföderation mit der Bundesrepublik aus.

Als Mitbegründer des „Runden Tisches“ und Minister der Übergangsregierung erwirbt er durch seine Standfestigkeit Anerkennung, die weit über die Grenzen seiner Gruppe hinausreicht. Er warnt vor einer gezielten Destabilisierung der DDR durch die Bundesregierung und einer währungs politischen Vereinnahmung der DDR. Doch der Mehrheit der Menschen im zweiten deutschen Staat sind diese Vorstellungen fremd. Bei der Volkskammerwahl im März 1990, der ersten freien Wahl in der DDR, gibt es eine Abfuhr für das Bündnis 90, wozu sich Demokratie Jetzt mit zwei weiteren Bürgerrechtsgruppen zusammengeschlossen hatte. Unser Kandidat erobert in Dresden eines der insgesamt nur elf Mandate und gehört nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu den 144 Abgeordneten der

Volkskammer, die in den Deutschen Bundestag entsandt werden.

Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 kandidiert er auf der sächsischen Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen, schafft auch – als eines von lediglich acht Mitgliedern dieser neu gebildeten politischen Formation – den Sprung ins Bonner Parlament. Als Mitglied der Verfassungskommission sorgt er für Schlagzeilen, weil er in der Präambel des Grundgesetzes den Bezug auf Gott streichen will, um damit eine „sinnvolle Rückbesinnung zum echten Christentum ohne Machtmonopol“ zu bewirken. Auch seinem oft als Gerichtshof für die DDR-Vergangenheit missverstandenen Projekt, dem „Tribunal zur Aufarbeitung der Geschichte“, wird kein Erfolg zuteil. Er aber versteht es „als eine Art Wahrheitskommission“, wie die Journalistin Regina General erläutert. Sie betont: „Alle Seiten sollten mit Argumenten Absichten erklären, Tun begründen, Gedachtes ein- oder ausräumen, sich auf diese Weise aufeinander zu bewegen.“

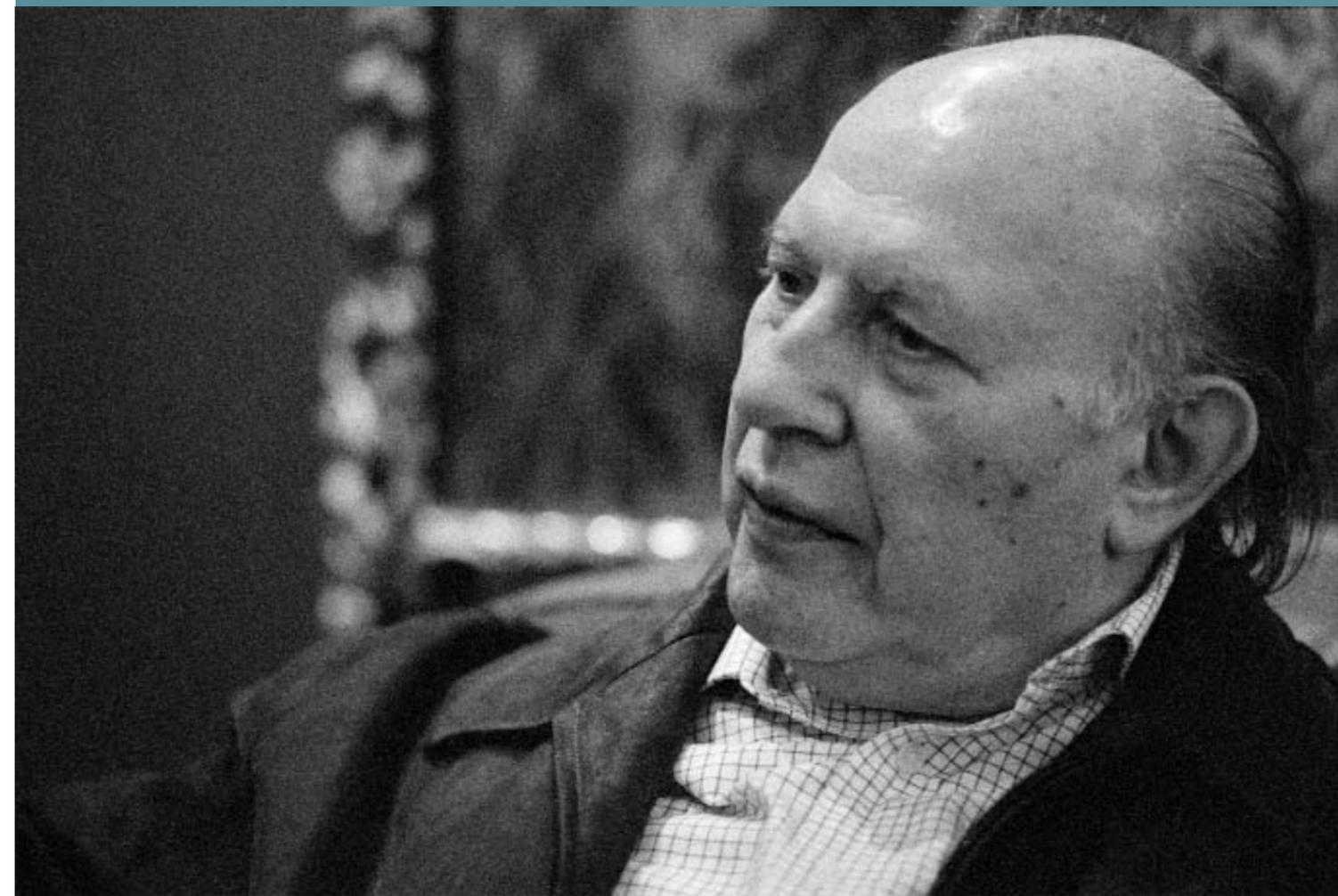
Er verzichtet 1994 auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag und wird ins Europäische Parlament gewählt. 1999 zieht er sich aus der Parteipolitik zurück, kämpft aber mit der Feder für seine Ideale einer „gerechten, solidarischen und selbstbestimmten Bürgergesellschaft.“

Der Mann, der nie darüber klagt, dass er zu Hause seine blinde Frau zu versorgen hat, liebt die Welt der Bücher. Der Schriftsteller Christoph Hein erinnert sich: „Stets trug er eine Tasche mit Büchern bei sich, manchmal zeigte er stolz eine bibliophile Kostbarkeit, die er gerade erworben hatte, ein Wörterbuch, eine uralte Kirchengeschichte.“

Er stirbt 2004 im selben Jahr wie seine Frau, kurz vor seinem 75. Geburtstag.

Wer war's?

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-191, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 21. Februar 2007.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 6/06 lautet: Herbert Wehner. Eine Reise nach Berlin hat Gerhard Kropfen aus Hennef gewonnen.



„Ich rolle den Fels immer wieder hinauf“

Mit dem ungarischen Schriftsteller Imre Kertész hält zum ersten Mal ein Nobelpreisträger im Bundestag die Rede anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. 1929 in Budapest geboren, wurde Kertész 1944 nach Auschwitz deportiert und 1945 in Buchenwald befreit. Nach Kriegsende begann er zunächst eine journalistische, später eine schriftstellerische Laufbahn, die allerdings von den kommunistischen Machthabern in

Ungarn immer wieder behindert wurde. Kertész bekanntestes Werk, *Roman eines Schicksallosen*, erschien 1975. Der internationale Durchbruch erfolgte Anfang der 90er Jahre mit dem Ende des Kommunismus und des Ost-West-Konflikts. 2002 erhielt Imre Kertész für sein Gesamtwerk, zu dem unter anderem die Romane *Fiasko*, *Kaddisch für ein nicht geborenes Kind*, *Liquidation* und – ganz aktuell – *Dossier K.* gehören, den Nobelpreis für Literatur. Der Schriftsteller lebt in Berlin und in Budapest.



„Auschwitz kann man sich nicht vorstellen. Das ist eine so demütigende, unmenschliche Lebensform, dass man selbst als jemand, der das erlebt hat, staunt, wie man das ertragen konnte.“

Blickpunkt Bundestag: Herr Kertész, Sie halten dieses Jahr im Bundestag die Gedenkrede am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Warum haben Sie, der doch eher ein Unbehagen daran hat, eine „verlorene Geschichte zu beweinen“ – so schreiben Sie es in Ihrem Buch *Dossier K.* –, zugesagt? **Imre Kertész:** Ich bin Schriftsteller. Und deshalb habe ich zugesagt unter der Bedingung, dass ich keine Rede halte, sondern aus einem Roman vorlese. Das ist viel schöner und lebendiger als eine der üblichen Gedenkrede.

Blickpunkt: Welchen Roman haben Sie ausgesucht?

Kertész: Ich lese aus meinem Buch *Kaddisch für ein nicht geborenes Kind.*

Blickpunkt: Hat auch der Ort des Gedenkens – das deutsche Parlament – und die Tatsache, dass es bald keine Zeitzeugen, keine Überlebenden von Auschwitz mehr geben wird, Ihre sonstige Zurückhaltung gegenüber einer Gedenkkultur überlagert?

Kertész: Ach, ich habe nichts gegen eine Gedenkkultur, wenn sie lebendig ist und die Menschen wirklich anspricht. Leider gibt es inzwischen einen Holocaust-Konformismus; viele Gedenkrede sind hohl geworden und wirken wie leblose Drucksachen.

Blickpunkt: Was bleibt den nachkommenden Generationen, wenn es keine lebenden Zeitzeugen mehr gibt? Verlieren dann Auschwitz, Buchenwald und die anderen Schreckensorte ihre

furchtbare Singularität, werden sie zu bloßen Geschichtsorten und -daten?

Kertész: Das hängt weniger von uns Alten, sondern von den nachfolgenden Generationen ab. Viele jüngere Künstler haben das Thema ja bereits wieder aufgenommen und belebt. Einige möchten aber auch gerne den berühmten Schlussstrich ziehen. Aber wir können es nicht. Weil die Katharsis ausgeblieben ist.

Blickpunkt: „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“, sagt Marcel Proust. Stimmen Sie dem zu?

Kertész: Ja, absolut. Aber ich bin nicht Marcel Proust.

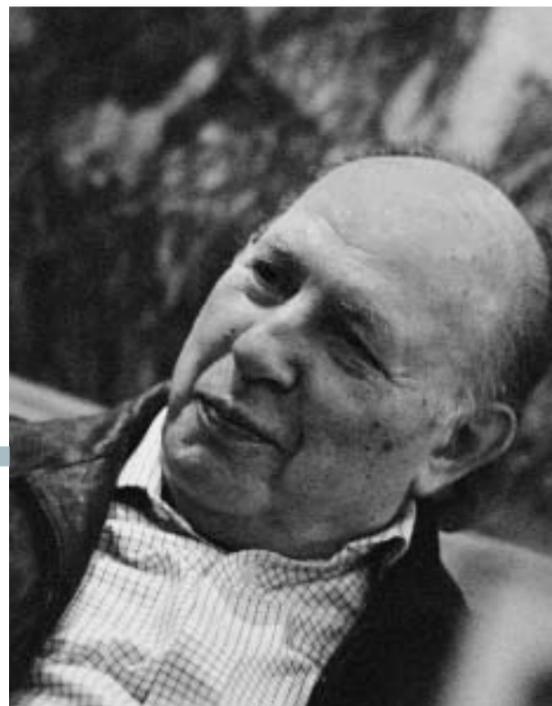
Blickpunkt: Stimmt. Sie sagen auch etwas anderes: Die Fiktion ist Wirklichkeit. Was bedeutet das in Bezug

auf Auschwitz? Kann Auschwitz nur als Fiktion ertragen werden?

Kertész: Leider war Auschwitz keine Fiktion. Aber auf Ihre letzte Frage antworte ich mit ja. Auschwitz kann man sich nicht vorstellen. Das ist eine so demütigende, unmenschliche Lebensform, dass man selbst als jemand, der das erlebt hat, staunt, wie man das ertragen konnte. Die physischen Schmerzen und Veränderungen vergehen; was aber bleibt, sind die Erinnerungen, die Brüche, die Erlebnisse, die sich zu einer Fiktion vermischen. Woraus ein Kunstwerk entstehen kann. Zu einem Kunstwerk aber kann man Auschwitz nicht wieder machen, denn Auschwitz war kein Kunstwerk. Auschwitz war Wirklichkeit. Natürlich hat das Kunstwerk, der Roman etwa, seine eigenen Gesetze. Wenn wir diese Gesetze verlassen, dann können wir nicht die Wahrheit wiedergeben. Je grausamer die Prosa ist, desto fremder wird sie für den Leser erscheinen.

Blickpunkt: Wenn Sie Fiktion, Wirklichkeit und Wahrheit literarisch vermengen – haben Sie dann nicht Sorge, den Rechtsextremen in die Hände zu spielen, die Auschwitz nur zu gerne zur Fiktion, zur Lüge erklären?

Kertész: Ich mache meine Arbeit; was Rechtsextreme machen, ist ihre Sache. Der Rechtsextremismus kann alles ausnutzen, was andere schreiben oder formulieren. Würde ich mich an diesen Leuten orientieren, wäre ich ein Pfuscher, würde Pfuscharbeit abliefern.



„Ich habe nichts gegen eine Gedenkkultur, wenn sie lebendig ist und die Menschen wirklich anspricht.“

Blickpunkt: Erschreckt Sie das Erstarren der Rechten, etwa der NPD, in Deutschland?

Kertész: Es ist ein altes Gesetz, dass sich die dritte Generation gerne wieder mit ihren Großvätern identifiziert. Aber die teilweise terroristische und gewalttätige Realität, in der diese Identifizierung passiert, ist eine Neuerscheinung, die ich als äußerst unerfreulich empfinde.

Blickpunkt: Sie haben einmal – in Ihrem Roman *Fiasko* – geschrieben: „Ich bin ein Medium des Geistes von Auschwitz“. Was heißt das für Sie?

Kertész: Das heißt, dass nach Auschwitz das Sehen, Sprechen, Denken anders ist als vor Auschwitz. Für mich ist Reden nach Auschwitz, musikalisch ausgedrückt, atonale Prosa. Das bedeutet für mich, dass die Grundbasis nicht mehr da ist. Die Grundbasis ist eine Kultur, in der die Begriffe übereinstimmend verstanden werden: Wenn ich sage „Liebe“, weiß jeder, was ich meine, ebenso bei „böse“ und „gut“. Diese gemeinsame Basis, diese gemeinsame Kultur, ist nicht mehr vorhanden. Auschwitz hat sie zerstört.

Blickpunkt: Stimmt dann nicht Adornos Satz „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“?

Kertész: Nein, dieser Satz ist eine moralische Stinkbombe. Denn er bedeutet, dass Adorno die gesamte europäische Kunst aufgibt. Und ich kann nicht nachvollziehen, dass ein Geist wie Adorno annehmen kann, die Kunst würde auf die Darstellung des größten Traumas des 20. Jahrhunderts verzichten.

Blickpunkt: Herr Kertész, als was empfinden Sie sich selbst: als Moralist, als Zyniker, als Mahner?

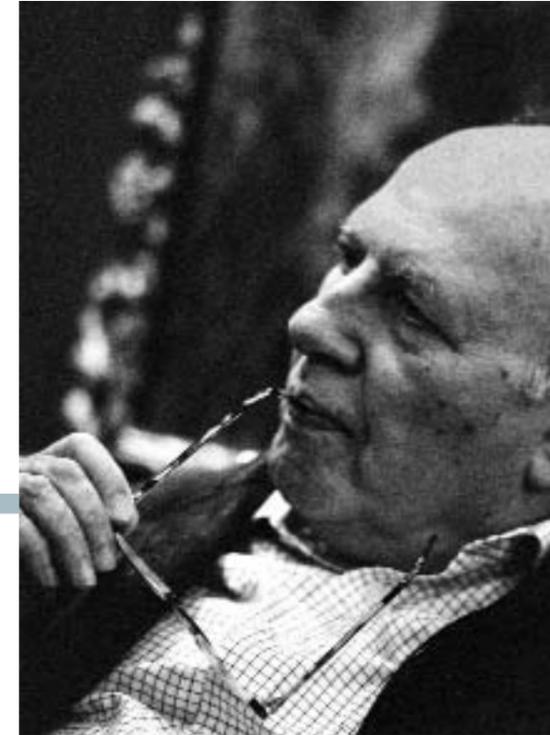
Kertész: Als Überlebender.

Blickpunkt: In Ihrem Hauptwerk sind Sie ein „Schicksalloser“. Könnte man sagen, dass es gerade die Aufgabe eines „Schicksallosen“ ist, andere zu mahnen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen?

Kertész: Wahrscheinlich ist das so. Der Schicksallose in meinem Roman hat in dem Moment sein Schicksal gemacht, als er sich auflehnt gegen seine Schicksallosigkeit.

Blickpunkt: In München, mitten in der Stadt, gibt es seit Kurzem wieder eine Hauptsynagoge. Erfüllt es Sie mit Genugtuung, dass es offenbar wieder

„Ich bin kein verzweifelter Mensch, auch wenn es genug Gründe dafür gäbe.“



eine Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland gibt?

Kertész: Das hängt davon ab, was für eine jüdische Kultur das sein wird. In Deutschland gab es ja eine sehr niveauvolle jüdische Tradition. Von der Krim nach Krakau, von Russland bis zur Schweiz gab es eine jüdische Kultur, die einerseits sehr unterschiedlich war, auf der anderen Seite dadurch geeint wurde, dass Deutsch in diesem Gebiet die internationale Sprache war.

Blickpunkt: Wie ist Ihre gegenwärtige Stimmungslage? Sie zitieren in Ihrem *Dossier K.* Jean Améry: „Wer das Weltvertrauen verloren hat, ist zu ewiger Einsamkeit unter den Menschen verurteilt.“ Sind Sie ein einsamer Mensch, Herr Kertész?

Kertész: In dieser Hinsicht bin ich ein einsamer Mensch, aber ich habe nicht mein Selbstvertrauen aufgegeben. Auch Améry hat trotz der Peinigungen und Qualen, die ihm die Nazis angetan haben, nicht ganz aufgegeben. Ich bin auch kein verzweifelter Mensch, auch wenn es genug Gründe dafür gäbe, etwa wie Europa leider untergeht, weil es immer weniger Neigung zeigt, die europäischen Werte zu schützen und für sie einzustehen. Dennoch schreibe ich weiter.

Blickpunkt: So wie Sisyphos bei Albert Camus?

Kertész: Ja, ich rolle den Fels immer wieder den Berg hinauf.

Das Gespräch führte Sönke Petersen.
Fotos: studio kohlmeier

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Der 27. Januar ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Dieser Tag wurde 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ erklärt. Alljährlich begeht der Deutsche Bundestag diesen Tag mit einer Gedenkstunde im Plenarsaal, bei der ein Gastredner zu den Abgeordneten spricht. In diesem Jahr wurde der ungarische Literaturnobelpreisträger und Auschwitzüberlebende Imre Kertész eingeladen. Zudem veranstaltet der Bundestag regelmäßig im Januar eine Jugendbegegnung anlässlich des Gedenktages. 80 bis 100 junge Menschen aus Deutschland, Polen und Frankreich kommen alljährlich zusammen, um sich gemeinsam mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Sie nehmen mit den Abgeordneten an der Gedenkstunde teil und diskutieren anschließend mit dem Bundestagspräsidenten und dem Gastredner die Ergebnisse ihrer inhaltlichen Arbeit.



Fabelhafte Fünf für kleine Leute

Kinder brauchen Erwachsene, die sich für sie einsetzen, für ihre Rechte kämpfen und dafür sorgen, dass es ihnen gut geht. Kinder brauchen Schutz und Fürsorge. Auch politische. Dafür gibt es im Deutschen Bundestag die Kinderkommission, kurz KiKo. Sie ist ein Untergremium des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat zwar kein Antragsrecht, aber alles, was sie als Konsens beschließt, geht in die Arbeit des Bundestages als Empfehlung und Aufforderung zum Handeln ein. Die KiKo ist etwas Besonderes und etwas besonders Gutes.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

linik eine Tagesklinik für Kinderpsychiatrie aufbauen. Dann könnte man Kinder besser und ganzheitlich behandeln. Eingreifen und helfen, so früh wie möglich. So ein Projekt wollen sie ins Leben rufen. „Wir schauen, ob es geht“, sagt Professor Moll. „Und wenn es nicht geht, machen wir es eben.“

So ähnlich geht auch die Abgeordnete Rupprecht an die Dinge heran. Wenn etwas nicht geht, wird gekämpft. Jammern und Rückzug hat noch nie gegolten. In diesen Zeiten kämpft die 59-Jährige, die zurzeit den Vorsitz in der Kinderkommission hat, dafür, dass Kinderrechte in die Verfassung kommen. Erst vor kurzem hat die Kommission zu diesem Thema eine viel beachtete Anhörung veranstaltet. „Wir machen noch viel zu viel, eigentlich fast immer, Erwachsenenpolitik. Ich will, dass Kinder in den Fokus genommen, ihre Rechte gestärkt werden.“

Die Lehrerin weiß, wovon sie redet. Sie hat mehr als 20 Jahre mit Kindern gearbeitet, fast immer in und an Brennpunkten, mit Kindern, denen nichts geschenkt wurde und die kein

einfaches Leben hatten. „Verfassungsrechte für Kinder“, sagt Marlene Rupprecht, „werden allein noch keine Probleme lösen.“ Aber sicher das Bewusstsein für Probleme stärken und neue Möglichkeiten eröffnen, mehr Politik für Kinder zu machen.

Über all das redet die Abgeordnete mit dem Leiter der Kinderklinik und dem Kinderpsychiater. Projekte wie diese hier wird Marlene Rupprecht unterstützen. Um das deutlich zu machen, ist sie gekommen. Und um zu lernen. Denn ein gutes Herz allein reicht noch nicht für gute Politik.

Geschichten mit Zündstoff

Sie ist eine großartige Vorleserin. Die Kinder der Städtischen Gemeinschaftsgrundschule Willbeck in Erkrath wissen das zu schätzen. Der Applaus für die CDU/CSU-Abgeordnete Michaela Noll verlangt nach mehr. Aber die Zeit für die Geschichten von Astrid Lindgren und vom Sams und Herrn Taschenbier bleibt bemessen. Also: Aufhören, wenn es am spannendsten wird. Was tun? Die Eltern bitten, mit

Marlene Rupprecht hat sich Zeit genommen. Viel Zeit, denn die Klinik für Kinder und Jugendliche in Fürth ist eine Herzensangelegenheit der SPD-Abgeordneten. Sie sagt aber: „Ein gutes Herz allein reicht nicht für gute Politik.“ Deshalb ist sie eine Fachfrau mit einem guten Herzen geworden.

Professor Jens Klinge, Leiter der Klinik, und Professor Gunther Moll, Kinderpsychiater und Lehrender an der Universität Erlangen, reden über Projekte. Bereits angelaufen ist ein Programm, um Kindern mit Übergewicht mit einer Kombination von stationärem Aufenthalt und ambulanter Betreuung beim Abnehmen zu helfen. Es soll ihnen beibringen, wie man einkauft, gesund kocht, sich gut ernährt, dabei Spaß am Leben hat und Krankheitsrisiken vermeidet. In zwei Jahren vielleicht wird man wissen, ob das gelingt. Die beiden Männer wollen aber mehr. Sie wollen in der Kinder-

Marlene Rupprecht (SPD) in der Fürther Klinik für Kinder und Jugendliche.





Michaela Noll (CDU/CSU) liest in der Städtischen Gemeinschaftsgrundschule Willbeck.



dem Vorlesen weiterzumachen? Oder selber weiterlesen!

Michaela Noll hat eine Art, mit den Kindern zu reden, bei der man denkt: Diese Frau ist genau richtig in der Kinderkommission. Sie nimmt die Kinder ernst, weiß offensichtlich ziemlich gut, wie es in den kleinen Köpfen aussieht, und lässt die Kinder spüren, dass sie jetzt nur für sie da ist.

Der Vorlesetag in der Schule, den die Abgeordnete gemeinsam mit der stellvertretenden Bürgermeisterin von Erkrath, Regina Wedding, gestaltet, ist für Lehrerinnen und Kinder richtig schön. Deshalb wird am Ende auf dem Schulhof noch ein Lied für die Abgeordnete geschmettert.

Michaela Noll sagt: „Kinder sind engagiert, interessiert und neugierig. Wenn sie es nicht sind, gibt es Ursachen dafür und die muss man beseitigen helfen.“ Das heißt beispielsweise, gemeinsam mit anderen ein Projekt ins Leben zu rufen, das Schulverweigerer wieder einbindet. „Zündstoff“ heißt es und der Erfolg sagt: Fast 80 Prozent der Aussteiger steigen wieder ein und lernen.

Das heißt beispielsweise auch, ein gutes Projekt aus Frankfurt/Main in den Wahlkreis zu importieren, bei dem abends die Sporthallen ihre Türen öffnen zum „Mitternachtssport“. Sport ist ein Weg für die Abgeordnete, gerade in sogenannten Problembezirken Kinder und Jugendliche einzubinden, zusammenzubringen, ihnen Teilhabe zu ermöglichen.

Michaela Noll war die erste Vorsitzende der Kinderkommission in dieser Legislaturperiode. Ihre Themenschwerpunkte sind Sport, Medien und Gewalt. In den Klassen 1 bis 4 erklärt Michaela Noll am Vorlesetag allen Kindern, wofür es eine Kinderkommission gibt. „Schreibt uns“, fordert sie die Kinder auf, „wenn ihr Sorgen habt und möchtet, dass wir etwas ändern. Dafür sind wir da.“ Sie hat sich an diesem Vormittag so ins Zeug gelegt und so viel Freude und Engagement rübergebracht, dass klar ist: Genau so meint sie es auch.

Perlen im Puppentopf

Die FDP-Abgeordnete Miriam Gruß hat sich an diesem Morgen von ihrem

zweieinhalbjährigen Sohn verabschiedet und ist dann in den Berliner Wedding gefahren. Sie ist verabredet mit Jochen Meinhardt. Der arbeitet in der Kindertagesstätte Neue Hochstraße 44. Er ist seit 25 Jahren Erzieher – und damit eine besondere Spezies, denn Männer sind in Erzieherberufen immer noch eine Seltenheit. Darüber möchte sich Miriam Gruß heute mit ihm unterhalten. Außerdem möchte sie von ihm wissen, wie der Alltag in einer großen Kita ist, in der die Kinder Hussam, Ismail, Kevin, Ali Alp, Hadi, Eren, Asya, Aleyna und Sebiha heißen. Sie setzt sich auf einen kleinen Stuhl und ist auf Augenhöhe mit den Kindern. Die kochen Essen in Plastiktöpfen, malen Bilder und ziehen Puppen an und aus.

Miriam Gruß redet mit Jochen Meinhardt über Spracherwerb und Gruppenstärke, Zusammenarbeit mit Eltern, interkulturelle Gruppen, Ernährung und Bewegung, traditionelle Rollenverteilung und moderne Familien, über Politik in Zeiten des Sparens und familienfreundliches Handeln in einer zunehmend kinderarmen Gesellschaft.

In der Kinderkommission ist die Abgeordnete zuständig für die Themen Kinder und Mobilität, Kultur und Alltag. Da steckt die halbe Welt drin.



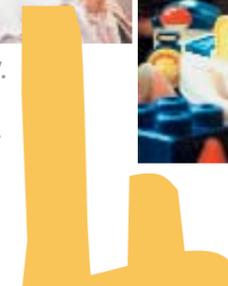
Wie ihre vier Kolleginnen ist Miriam Gruß zugleich Kinderbeauftragte ihrer Fraktion, und wie ihre vier Kolleginnen wird sie einmal und für neun Monate in der Kommission den Vorsitz übernehmen. Die 31-jährige FDP-Abgeordnete mit den langen blonden Haaren schaut besonders auf die Welt des Alltags. „Was sieht, was erlebt ein Kind, wenn es aufwächst, welche Gefahren drohen ihm, wie kinderfreundlich ist die Gesellschaft? Ich beobachte, wie unsere Welt für ein Kind ist. Ist es überall willkommen – in Läden, in Restaurants, in Zügen beispielsweise, wo es noch immer nicht untersagt ist, ein Kind mit in das Raucherabteil zu nehmen? Werden Familien zielgenau gefördert, genügen die Hilfsangebote, wenn Überforderungssituationen entstehen? Mein Ziel ist, Kinderpolitik stärker ins Bewusstsein zu rücken. So dass bei jeder politischen Entscheidung bedacht wird, welche Folgen und Auswirkungen das für Kinder haben wird.“

In der Weddinger Kita erfährt Miriam Gruß viel Neues und viel Wichtiges für ihre Arbeit. Und Schönes dazu, denn sie weiß am Ende, dass man aus Perlen und Plastikbausteinen eine ganz leckere Suppe kochen kann. In einem Puppennachttopf.

Miriam Gruß (FDP) besucht die Berliner Kindertagesstätte Neue Hochstraße 44.



Zu Gast bei Kleeblatt e.V. in Rathenow: Diana Golze (Die Linke.).



Kleeblatt bringt Glück

Frau Holle schüttelt ein großes weißes Kissen. Vielleicht fällt ja Schnee in die Krabbelstube. Das wäre etwas! Die Abgeordnete Diana Golze von der Fraktion Die Linke. sitzt auf dem Fußboden – zwischen Müttern und krabbelnden, laufenden, spielenden Kindern – und redet. Es geht laut, fröhlich und chaotisch zu. Alle fühlen sich wohl. Nur Frau Holle schwitzt ein wenig unter ihrer Haube.

Kleeblatt e.V. betreibt seit fast zehn Jahren in der Großen Hagenstraße in Rathenow das Zentrum für Familie, Frauen und Kinder. Wer ein Kind hat, das noch keine drei Jahre ist, kann hierher kommen. Das kostet 50 Cent die Stunde und einen Euro, wenn man das Kind hier lässt, um mal ein bisschen Zeit für sich zu haben. Initiatorin des Projektes ist die Hebamme Manuela Neubüser. Sie hat ihre Zeit, ihr Geld, vor allem aber ihre Leidenschaft hier reingesteckt, damit vor allem junge Mütter einen Ort haben, an dem sie sich treffen können. Und damit die kleinen Kinder, denen oft schon von Beginn an so manches

verwehrt bleibt, früh und gut gefördert werden. Zuwendung, Hilfe, Rat, Gemeinsamkeit – für Mütter und für Kinder ist Kleeblatt ein Glück. Wer kommen will, kann kommen.

Diana Golze kennt den Verein und das Projekt von Beginn an. In der Kinderkommission befasst sich die 31-jährige Sozialpädagogin mit den Schwerpunkten Kinderarmut, Kinder- und Jugendhilfe und -sozialarbeit sowie Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern. Über Armut, sagt sie, werde in Deutschland viel zu wenig gesprochen. Über Armut von Kindern noch weniger. „Das muss sich ändern. Wir brauchen mehr Wissen darüber, wo Armut beginnt, wie sie sich manifestiert und auswirkt auf Kinder. Und wir müssen mehr tun dagegen, dass Kinder wegen Armut von Beginn an ausgeschlossen und abgeschoben sind.“ Diana Golze will, dass die Kinderkommission eine Anhörung zu diesem Thema macht, sie will, dass die Kommission Vorschläge entwickelt und unterbreitet, was eine an sich reiche Gesellschaft für arme Kinder tun kann.

An diesem Vormittag redet die Abgeordnete mit Müttern und den Frauen, die seit vielen Jahren den Verein Kleeblatt tragen. Sie hört zu, wenn über die Alltäglichkeit der Sorgen gesprochen wird. Sie will für ihre parlamentarische Arbeit wissen, wovon sie redet und wofür sie Vorschläge unterbreitet.

Frau Holle macht Pause. Sie setzt sich mit der Abgeordneten und der Hebamme und den anderen Frauen, die hier arbeiten, an den Tisch. Man redet über das Leben. In der Krabbelstube bereiten sich laut und energisch eine Menge Kinder darauf vor, es zu meistern. Einige haben hier schon laufen gelernt.

Lust auf die Zukunft

Ekin Deligöz sagt: „Wenn ich unterwegs bin, um mit Kindern und Jugendlichen zu reden, dann tue ich das, weil ich sie als Bürger unseres Landes ernst

nehme – ihre Ansprüche an das Leben, ihre Bedürfnisse, ihre Meinungen. Damit fängt gute Kinderpolitik an. Mit Respekt und Interesse.“

In der Montessori-Volksschule in Wertingen ist die Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Mädchen und Jungen einer 10. Klasse verabredet. Zum Reden. Ekin Deligöz nimmt jede Frage auf. Es ist eine offene Diskussion auf Augenhöhe. Natürlich geht es um das Thema Kopftuch und die Frage, warum die 1971 in der Türkei geborene Deutsche Deligöz Musliminnen aufgerufen hat, ihre Kopftücher abzulegen. Es wird diskutiert, warum Jugendliche von Älteren oft eher negativ wahrgenommen werden, es geht um Fremdenfeindlichkeit und die Arbeit von Abgeordneten. „Mit euch“, sagt Ekin Deligöz am Schluss, „habe ich Lust auf Zukunft.“

Auch am Nachmittag dieses Tages geht es um die Zukunft und um die

Schattenseiten der Gegenwart. Ekin Deligöz ist verabredet mit Vertretern des Deutschen Kinderschutzbundes, im Kreis Dillingen. Hier wird viel und viel gute ehrenamtliche Arbeit geleistet. Und hier wird darüber geredet, warum Kinder und Jugendliche sich oft so alleingelassen fühlen. „Da verlässt jemand die Schule, hat keinen Ausbildungsplatz, sieht keine Perspektive und wir müssen uns fragen, warum diese moderne Gesellschaft es immer noch zulässt, dass so jemand zum Verlierer wird.“ Der Kinderschutzbund in Dillingen bietet Kurse an, die heißen „Starke Eltern – starke Kinder“ und die nehmen, wie die Abgeordnete sagt, erfolgreich beide in den Blick, die Erziehenden und die Heranwachsenden. Auch das macht Lust auf Zukunft.

Ekin Deligöz ist seit 1998 Bundestagsabgeordnete und sitzt seitdem in der Kinderkommission. Ihre Schwerpunktthemen sind Vernachlässigung von Kindern und soziale Ausgrenzung, Verbraucherschutz, Ernährung und Elementarbildung/frühkindliche Förderung. Das alles habe, sagt sie, mit Gerechtigkeit zu tun und natürlich mit Gestaltung von Zukunft. An frühkindlicher Förderung liegt der Abgeordneten ganz besonders. „Wir brauchen eine Qualitätsinitiative, um Kindergärten und andere frühkindliche Einrichtungen zu verbessern, wir müssen darüber nachdenken, wie Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet sein sollen. Wir wollen“, sagt Ekin Deligöz und ist dann ganz bei dem, was allen Frauen in der Kinderkommission so wichtig ist, „eine Verfassung, in der Kinderrechte verankert sind.“ So klingt das, wenn man Kinder und Jugendliche als Bürger ernst nimmt.

i Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat eine Sonderstellung im Parlament. Seit ihrer Einrichtung 1988 versteht sie sich als Ansprechpartner, Interessenvertretung und Sprachrohr für die Kinder. Formal ist sie ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und besteht aus fünf Mitgliedern (eines pro Fraktion) und ebenso vielen Stellvertretern. Mehr Infos und der elektronische KiKo-Briefkasten für Kinder unter: www.kinderkommission.de

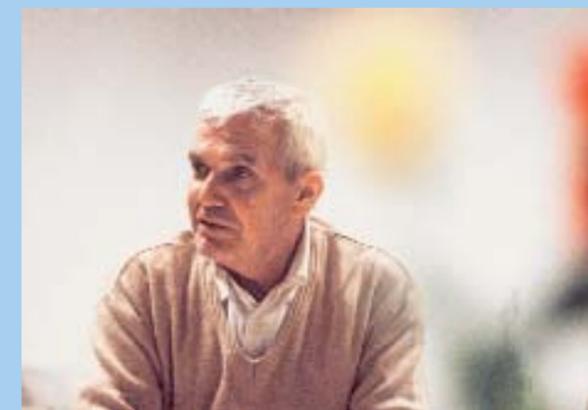
Ekin Deligöz (B' 90/Die Grünen) diskutiert mit Schülern der Montessori-Volksschule Wertheim.



Mosaik aus Bildern und Menschen

Siegfried Knittel hat 2001 die Gruppe KUNST INTERN im Deutschen Bundestag ins Leben gerufen.

Und festgestellt, dass es in der Verwaltung des Parlaments so manche Künstlerin und so manchen Künstler gibt.





Gebäude des Parlaments neu entdeckt:
Vernissage der Ausstellung „Innen und Außen –
Reflexionen zur Architektur im Regierungsviertel“.

Scherbenhaufen sind eine Herausforderung. Was lässt sich daraus machen? Man kann die Scherben nach Farben und Größen sortieren, ein Bild auf eine Schablone malen und dann die Glasstücke mithilfe von Blei oder Kupfer aneinanderfügen. Siegfried Knittel hat in seinem Leben schon Kunstverglasungen gemacht, die so schön sind, dass man beim Betrachten das Wort „Licht“ buchstabiert.

Siegfried Knittel ist jemand, der Dinge sammelt – vom kaputten Toaster bis zur irgendwo gefundenen bunten Glasflasche kann er alles gebrauchen. Die Dinge kommen bei ihm zu Hause in den Keller und irgendwann ist der Toaster vielleicht Teil eines Bildes, einer Collage, einer anderen Sicht auf die Welt. Um zu beschreiben, was der 56-Jährige mit den sehr blauen Augen macht, ist das Wort „ausprobieren“ wichtig. Siegfried Knittel ist ein Ausprobierer. Wenn es das Thema fordert und die Lust am Experiment dazukommt, wird eine neue Technik versucht. Das kann sperrig sein. Es kann gelingen und es kann schiefgehen. Aber Kunst lebt nicht von der Routine.

Im September 2006 wurde im Foyer des Bundestagsgebäudes Unter den Linden 62–68 eine Ausstellung der Gruppe KUNST INTERN mit dem Titel „Innen und Außen – Reflexionen zur Architektur im Regierungsviertel“ eröffnet. Die Ausstellenden arbeiten in der Verwaltung des Bundestages. Sie

sind, wie Siegfried Knittel, Mitarbeiter im Ausschussassistentendienst, sitzen in der Postverteilung, arbeiten in Abgeordnetenbüros oder beim Reinigungs- oder Pfortendienst. Sie sind alle Kunstinteressierte und künstlerisch Begabte. Sie arbeiten mit Aquarellfarben, Acryl und Öl, sie malen und zeichnen auf Papier und Seide, experimentieren mit Techniken, Werkzeugen und Sujets, sie fotografieren und entwerfen Collagen. Es macht ihnen Spaß.

Arbeitsumfeld als Ausstellungsthema

Eine Ausstellung im Bundestag zu bekommen, ist nicht ganz einfach. Da muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden und es müssen sich ausreichend Befürworter finden. KUNST INTERN ist keine Gruppe von Profis, aber eine mit hohem Anspruch an sich selbst. „Die erste Ausstellung war ein Spiegelbild aller Mitglieder der Kunstgruppe“, erzählt Siegfried Knittel. „Das war 2003. Zu bunt gemischt war diese Exposition, wie wir dann schnell wussten. Man braucht ein Thema, zu dem alle arbeiten, dann sind auch die unterschiedlichen Techniken sinnvoll und schön. Nach diesem ersten Versuch haben wir angefangen, in der Gruppe zu diskutieren. Was wollen wir, haben wir gefragt, und gesagt: Unser Umfeld reflektieren zum Beispiel. Das ist ein Thema.“

Die Ausstellung 2006 bekam so ihr Thema. Sie reflektierte das Umfeld, in

dem die Mitarbeiter der Gruppe täglich arbeiten, die Gebäude des Regierungsviertels. Das tat ihr gut. Auch der Rahmen für die Vernissage stimmte. Es gab schöne Musik vom Kammerorchester der Musikgemeinschaft des Bundestages, der Direktor des Bundestages sprach gute Worte, viele Leute waren gekommen und es nährte sich Hoffnung, vielleicht doch irgendwann einmal in noch größerem Rahmen im Bundestag ausstellen zu können. Wünschen tun es sich alle in der Gruppe KUNST INTERN. Das sind zurzeit zehn Menschen. Am Anfang seien es viel mehr gewesen, sagt Siegfried Knittel, aber nun gebe es diese recht feste Gruppe und so arbeite es sich gut. Man habe bereits viel miteinander gemacht. Man sei in Ausstellungen gegangen, habe Workshops besucht, Veranstaltungen organisiert, viel über sich und die anderen erfahren. Horizonte seien weiter geworden und die Lust an der Kunst und am künstlerischen Arbeiten sei gewachsen.

Siegfried Knittel erzählt dies alles mit leiser Stimme und einem weichen Dialekt, den er vielleicht seiner Herkunft zu verdanken hat. Er kommt aus dem Schwarzwald und hat sich, wie er sagt, durch die halbe Republik bewegt. Beim Bundestag ist er erst seit 1999, seine Frau war schon in Bonn Mitarbeiterin eines Abgeordnetenbüros. Als es an den Umzug nach Berlin ging, hat Siegfried Knittel seine Arbeit als Haus-techniker in einem Einkaufszentrum

aufgegeben und ist Mitarbeiter im Plenarassistentendienst geworden. Bereut hat er es nicht – Berlin ist eine großartige Stadt, die Arbeit gefällt ihm gut und seine Kunst hat er nicht aufgeben müssen, sondern weiterentwickeln können. Er hat die Gruppe KUNST INTERN von Beginn an zusammengehalten. Er ist der Motor, wenn auch auf eine ganz und gar zurückhaltende und sich zurücknehmende Art und Weise. Aber laut muss es ja ohnehin nicht zugehen in einer solchen Gruppe.

In der Luisenstraße 32, einer Bundestagsliegenschaft, hat die Gruppe KUNST INTERN einen Raum, in dem man sich treffen, arbeiten und reden kann. Sieht aus wie eine kleine Werkstatt, Bilder stehen an den Wänden, an der Stirnseite eine Arbeitsplatte, auf der Glasstücke nach Farben und Größe sortiert sind. In der Mitte des Raumes ein langer Tisch, auf dem Kataloge liegen, in denen man blättern und schauen kann, was die Mitglieder der Kunstgruppe machen: Assemblagen, Glaskunst, Ölbilder, Copy-Art, Grafiken, Acrylbilder, Lack auf Aluminium und Lack hinter Glas, Collagen, Mischtechniken, Aquarelle, Bilder auf Seide gemalt, Fotografien digital bearbeitet. Die Liste ist lang und sie ist beeindruckend. Hier wird experimentiert und probiert. Manche bleiben auch bei ihrer einmal gefundenen Lieblingstechnik und Ausdrucksform, entwickeln sich über die Spannweite vieler Themen weiter.

Nach der erfolgreichen Ausstellung im September traf sich die Gruppe im November, um über nächste Projekte zu reden. An diesem stürmischen Abend konnten nur vier kommen und über die Frage diskutieren, welches Thema alle Mitglieder der Gruppe interessieren und inspirieren würde. Katja Fischer, Mitarbeiterin eines Abgeordnetenbüros, schlug vor, dass sich alle in der Fotografie versuchen, Ratimir Britvec, ein Fraktionsmitarbeiter von Bündnis 90/Die Grünen, wollte sich gern mit dem Thema Krieg auseinandersetzen. Oder Klonen. „Klonen“, fragten die anderen, das könne man sich aber auf den ersten Blick nicht so recht vorstellen. Katja Fischer wollte dann von Siegfried Knittel wissen, welches Thema er denn gern für eine Ausstellung bearbeiten würde. „Religion“, sagt er. Wer ihn kennt, weiß, dass er sich in seinen Arbeiten schon oft und lange mit dem Thema „Opfertod“ auseinandergesetzt hat.

Verfremdung bringt neue Sichtweisen

Im Katalog, der auf dem Tisch liegt, sind Assemblagen – Collagen mit plastischen Objekten – von ihm zu sehen, die Titel tragen wie „Ressourcensucher oder über Wahrheit und Lüge im Lichte hegemonialer Interessen“ oder „Irakisches Kreuz“: ein Werk, für das fünf willkürlich gewählte Bilder von Bombardements in Kreuzform montiert wurden. Das sind schwere und

schwierige Themen, die bereits aus sich selbst heraus einen großen Anspruch erheben. Für die Ausstellung in Unter den Linden hatte sich Siegfried Knittel in einer für ihn neuen Technik versucht: digitale Fotobearbeitung. Entstanden sind Außenansichten vom Parlamentsviertel, die durch die Verfremdung einen anderen Blick ermöglichen. Etwas melancholisch und ein bisschen sphärisch wirken die Bilder.

Die kleine Gruppe diskutierte an diesem Abend lange und entwickelte eine Reihe von Vorschlägen, die man mit den anderen besprechen wird. Welches Ausstellungskonzept am Ende entsteht, wird sich zeigen. Es gibt so viele Möglichkeiten. Die Zeit von der ersten Überlegung bis zur Vernissage ist meist ziemlich lang. Eine Gruppe muss sich finden, sich einverstanden erklären mit einem Projekt, Zeit zum Arbeiten haben, eine Auswahl treffen. Ein Ort muss gefunden werden für die Ausstellung und Mitstreiter müssen her. Das alles nebenher, denn der eigentliche Beruf ist dies ja nicht. Sondern einfach nur Arbeit nach der Arbeit. Zeitaufwendig und mit viel Energie und Engagement getan.

Es kann noch viel entstehen und gewagt werden. Wie bei einem Mosaik lassen sich die Teile der Gruppe unterschiedlich fügen und daraus verschiedene Projekte entwickeln. Siegfried Knittel sagt, das sei ein langer Prozess. Aber es lohne sich, daran mitzutun.

Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

Ein Raum für die Kunst:
In der Luisenstraße trifft sich die Gruppe zum Reden, Planen, Experimentieren.





Transparent & grandios

Dreizehn Meter lang und zehn Tonnen schwer ist jedes einzelne Stück, aus dem die Doppelhelix in der Reichstagskuppel zusammengeschweißt wurde. Rund 800 Tonnen wiegt sie insgesamt und sieht dabei doch grazil aus. Die Steigung beträgt gerade acht Grad. Man kann also gemächlich und stetig nach oben spazieren. Hinauf und hinunter sind das zusammen 460 Meter. Die lässt sich kaum jemand entgehen. Denn der Aufstieg und der Abstieg sind ein Vergnügen. Die Stadt liegt zu Füßen, der Himmel ist zum Greifen nah.

In der Mitte hängt ein schimmernder, spiegelnder Stalaktit, in dem sich alles und alle wiederfinden und der das Tageslicht auf die Politik lenkt, die unten im Plenarsaal gemacht wird.

Jede und jeder erobert sich die Doppelhelix anders. Kinder machen Tempo nach oben und noch mehr Tempo, wenn es wieder runtergeht. Männer bleiben am Geländer stehen und fachsimpeln über Technik und Architektur, Frauen fotografieren sich, ihre Männer, ihre Kinder in dutzendfacher Spiegelung. Reisegruppen laufen gemeinsam los und kommen getrennt wieder unten an. Man verliert sich unterwegs, wenn es so viel zu sehen gibt.

Und wer das alles von unten beschaut, hat irgendwann ein Gefühl von Leichtigkeit und stetem Fluss. Diese Doppelhelix ist vielleicht die eleganteste Erfindung im ganzen Reichstagsgebäude.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



Unterwegs in schwerem Gelände: Deutscher Konvoi der ISAF-Schutztruppe in Afghanistan.

Forum: Auslandseinsätze der Bundeswehr

Gerüstet für den Ernstfall „Normalität“?

17 Jahre sind vergangen seit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges, fünf Jahre seit den Terroranschlägen von New York und Washington. Für Deutschland und seine Bündnispartner hat sich seitdem in der Sicherheitspolitik eine Menge verändert – nicht zuletzt ablesbar an der wachsenden Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die inzwischen zur politischen Normalität geworden sind. In den vergangenen 15 Jahren ist Deutschland zu einem der größten Truppensteller für internationale Friedensmissionen geworden. Während fast monatlich neue Operationen diskutiert werden – zuletzt bezüglich einer Ausweitung des Sudaneinsatzes auf die Krisenregion Darfur und Lufteinsätze im Süden Afghanistans –, stellt sich die Frage nach Beteiligungskriterien und langfristigen Konzepten.

Text: Claudia Kemmer

Derzeit befinden sich rund 9.000 Soldaten im Auslandseinsatz – von Bosnien über Afghanistan bis zum Horn von Afrika. Mit der Überwachung der Küste des Libanon hat die deutsche Marine im Spätsommer die heikelste Operation in der 51-jährigen Geschichte der Bundeswehr übernommen. Die viermonatige EU-Mission im Kongo unter Leitung des deutschen Generalleutnant Karlheinz Viereck, der die Operation vom Operations Headquarters (OHQ) in Potsdam aus führte, wurde Ende November termingerecht beendet. Dass der Ruf nach Beteiligung der Deutschen an internationalen Missionen demnächst leiser wird oder gar verstummt, ist nicht abzusehen. Gerade erst wehrte die Bundesregierung den Wunsch der NATO nach einem stärkeren Engagement der Bundeswehr in Afghanistan – konkret eine Ausweitung des Einsatzes auf den gefährlichen Süden – ab. Auch die Unterstützung einer bevorstehenden UN-Friedensmission im Sudan zieht Verteidigungsminister Franz Josef Jung in Erwägung.

In dieser Gemengelage war für Jung im Herbst der richtige Moment gekommen, innezuhalten und eine Standortbestimmung der Bundeswehr vorzunehmen. Sein Vorgänger Peter Struck hatte bereits 2003 mit der Verabschiedung verteidigungspolitischer Richtlinien die Grundlage für die Transformation der Bundeswehr gelegt. Das Primat der Landesverteidigung trat zugunsten der neuen Hauptaufgabe „Krisenbewältigung“ in den Hintergrund. Angesichts neuer asymmetrischer Bedrohungen ließ sich der Sicherheitsbegriff geographisch nicht mehr auf Europa oder das transatlantische Bündnisgebiet eingrenzen.

Jung legte nun im Oktober, zum ersten Mal seit zwölf Jahren, ein neues Weißbuch vor, in dem Leitlinien für die zukünftigen Auslandseinsätze formuliert werden. Im Grundgesetz sind diese außerhalb Deutschlands und des NATO-Gebiets nicht ausdrücklich vorgesehen. Eine Klarstellung der rechtlichen Grundlage für Auslandseinsätze nahm das Bundesverfassungsge-



Marschbefehl: Bundeswehrosoldaten beim Abflug ins Einsatzgebiet.

richt am 12. Juli 1994 in Zusammenhang mit dem Einsatz in Somalia und der Beteiligung an der Flugverbotsüberwachung gegen das ehemalige Jugoslawien vor. Es entschied, dass „Out-of-area-Einsätze“ der Bundeswehr immer dann verfassungsgemäß



Weißbuch liefert Konzept

Bernd Siebert, CDU/CSU

Mehr als zwei Drittel der Deutschen glauben einer jüngst veröffentlichten Umfrage zufolge, dass die Bundeswehr mit ihren Auslandseinsätzen überfordert ist. Das sind erschreckende Zahlen, vor allem für diejenigen, die wissen, wie gut unsere Soldaten im Ausland ihren Job erledigen und wie angesehen sie bei unseren Partnern sind. Der Fehler, der in den vergangenen Jahren gemacht worden ist, liegt deshalb vor allem darin, dass man nicht immer ausreichend versucht hat zu erklären, warum die Bundeswehr international im Einsatz ist und welche wichtigen Aufgaben sie übernommen hat.

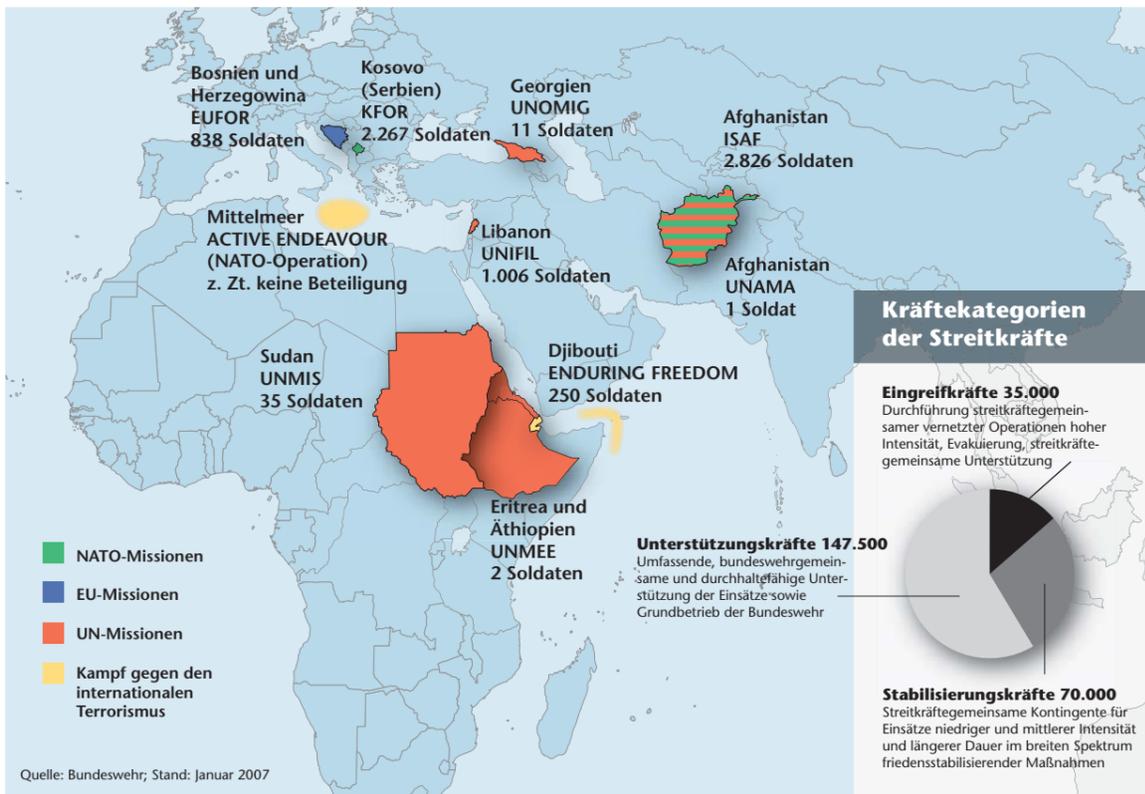
Das jetzt unter Federführung von Verteidigungsminister Franz Josef Jung erarbeitete Weißbuch schließt diese Lücke, indem es eine konzeptionelle Untermauerung für die weitere Entwicklung der Bundeswehr liefert. Im Mittelpunkt steht dabei die Erkenntnis, dass das Militär allein einen Konflikt nicht beilegen kann, sondern dass ein Einsatz immer in ein Konzept eingebunden sein muss, in dessen Rahmen auch andere politische, polizeiliche und wirtschaftliche Akteure mitwirken. Das Weißbuch rückt auch unsere eigenen deutschen Interessen stärker in den Vordergrund. Entscheidungen über Auslandseinsätze werden danach auf der Grundlage deutscher Interessen wie dem Schutz von Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt, den Werten des Grundgesetzes und des Völkerrechts getroffen. Jetzt ist es wichtig, auf dieser Grundlage um mehr Verständnis und Anerkennung für die Leistungen unserer Soldaten zu werben.

Als Parlamentarier bin ich darüber hinaus in besonderem Maß dem Wohl unserer Soldaten verpflichtet. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr die bestmögliche Ausstattung bekommt. Nur so können wir das Risiko für jeden einzelnen Soldaten so weit wie möglich minimieren.



bernd.siebert@bundestag.de
www.siebert-bernd.de

Auslandseinsätze der Bundeswehr (laufende Mandate)



sind, wenn sie im Verbund von Systemen kollektiver Sicherheit stattfinden, denen die Bundesregierung angehört und zu deren Aufgaben solche Einsätze gehören, also beispielsweise den Vereinten Nationen, der NATO, der EU oder der OSZE.

Vorbehalt des Parlaments

Im gleichen Urteil hat das Gericht die Zustimmung des Bundestages zu Einsätzen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes als unabdingbar festgelegt. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz vom März 2005 schreibt fest, dass der Bundestag bei Auslandseinsätzen generell zustimmen muss. Ein vereinfachtes Verfahren kann es danach bei „Einsätzen von geringer Intensität und Tragweite“ wie Erkundungskommandos oder bei einer Mandatsverlängerung ohne inhaltliche Veränderung geben.

Abgeordnete reagieren empfindlich, wenn die Regierung Vorfestlegungen trifft oder Regierungsmitglieder vorpreschen. So war auch die Kritik von CDU/CSU-Fraktionschef



Bundestagsabstimmung zum Libanoneinsatz.

Volker Kauder an den Äußerungen seines Parteifreundes Jung über eine Beteiligung an einer UN-Friedensmission im Sudan zu verstehen. Denn faktisch soll sich nicht viel ändern: Bereits jetzt beteiligt sich Deutschland dort mit logistischer Hilfe an den

internationalen Missionen. Deutlichen Widerspruch aus der Opposition gab es, als Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen in multinationalen Verbänden den Parlamentsvorbehalt in Frage stellte. Und bei einem Einsatz von Bundeswehr-Tornados im umkämpften Süden Afghanistans drohten Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen jüngst mit Verfassungsklage, wenn die Regierung nicht das Parlament entscheiden lässt.

Einen regelrechten Kriterienkatalog, der Entscheidungen über künftige Einsätze erleichtert und nachvollziehbar macht, beinhaltet das Weißbuch nicht. Jung warb um Verständnis, dass es eine „Zauberformel für nationale Interessen“ nicht gibt, etwa nach der Devise „Zustimmung nur, wenn neun von zehn Kriterien erfüllt sind“. Der Unionspolitiker nannte aber drei Aspekte, die als Kompass dienen könnten. So sei zu prüfen, ob der jeweilige Einsatz im Einklang mit nationalen Interessen, nationalen Werten und internationalen Verpflichtungen stehe.



Drei Säulen als Maßstab

Rainer Arnold, SPD

Die öffentliche Debatte über Auslandseinsätze der Bundeswehr ist so alt wie die Einsätze selbst. Die Frage „Was soll Deutschland, was soll die Bundeswehr denn da überhaupt?“ muss jedes Mal neu beantwortet werden. Im Kosovo und in Bosnien, den beiden Mandaten, die den Paradigmenwechsel für die Auslandseinsätze der Bundeswehr eingeleitet haben, war das noch relativ einfach. Da gab es einen Krieg mit ethnischen Vertreibungen und Massenvergewaltigungen direkt vor unserer Haustür. Deutlich schwieriger war das schon bei der Diskussion um den EUFOR-Einsatz im Kongo.

Vergegenwärtigen wir uns die Maßstäbe, nach denen bei allen bisherigen Einsätzen entschieden worden ist, fällt auf, dass diese in jedem Fall auf drei Säulen beruhen: Die erste Säule ist die ethische Verantwortung. Wir können und dürfen nicht wegsehen, wenn ein Völkermord droht. Das ist eine Legitimation für Auslandseinsätze.

Die zweite Säule ist die Frage von Interessen. Da kein Land heute allein für seine Sicherheit garantieren kann, funktioniert dies nur in Bündnissen. Es gibt also keine primär nationalen Sicherheitsinteressen mehr, sondern nur noch gemeinsame. Hier aber gibt es Unterschiede: Da sind zum Beispiel besondere Verpflichtungen aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft oder einer kolonialen Vergangenheit.

Die dritte Säule schließlich kommt in der Legitimation für deutsche Auslandseinsätze vielleicht zu kurz: Es geht auch um den politischen Einfluss, das politische Gewicht, das unser Land durch die Einsätze gewinnt.

Ich halte es für richtig, dass wir uns auch zu diesem politischen Interesse bekennen. Denn unser Land hat Gewicht in Mitteleuropa und muss den Anspruch haben, bei wichtigen Entscheidungen in internationalen Gremien mitzugestalten. Nur wer Einfluss hat, kann auch Fehlentwicklungen verhindern helfen!

rainer.arnold@bundestag.de
www.rainer-arnold.de



Weißbuch 2006 verpasst Chance

Birgit Homburger, FDP

Auslandseinsätze sind für die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien bereits länger Realität und werden weiterhin das wahrscheinlichste Einsatzszenario sein. Für diese Einsätze benötigt Deutschland eine hoch motivierte, sehr gut ausgebildete und mit modernster Bewaffnung ausgerüstete Bundeswehr. Sie muss professionell, flexibel und schnell im gesamten Spektrum der militärischen Krisenbewältigung einsetzbar sein. Hierzu ist eine – über die Transformation hinausgehende – grundlegende Reform der Bundeswehr unumgänglich. Aus Sicht der FDP ist ein Umbau der Bundeswehr hin zu einer Freiwilligenarmee erforderlich. Die Wehrpflicht bindet Ressourcen, die an anderer Stelle dringender benötigt werden. So besteht im Parlament Einigkeit darüber, dass der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz verbessert werden muss.

In politischer Perspektive benötigen wir für die Bundeswehr Kriterien, nach denen sich die Beteiligung an einem Einsatz bemisst. Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik 2006 bot die Chance, solche Grundsätze darzulegen. Diese Chance wurde verpasst: Das Weißbuch 2006 widmet sich eher der Bestandsaufnahme und bietet wenig Perspektivisches. Die schwarz-rote Koalition hat leider nicht einmal versucht, für die Auslandseinsätze der Bundeswehr nachvollziehbare Leitlinien als Richtschnur zu definieren, wie sie beispielsweise unsere NATO-Partner selbstverständlich haben. Dabei wäre es dringend geboten, aus einer Analyse der wahrscheinlichsten sicherheitspolitischen Risiken und unter Beachtung vorher definierter und gewichteter Interessen eine umfassende, in sich schlüssige, glaubwürdige und gesellschaftlich tragfähige Sicherheitsarchitektur abzuleiten. Danach ließen sich Kriterien benennen, an denen sich die Teilnahme der Bundeswehr an zukünftigen Auslandseinsätzen prüfen ließe. Dies muss dringend noch erfolgen.

birgit.homburger@bundestag.de
www.homburger.de

Als „nationale Zielvorgabe“ für Stabilisierungseinsätze ist im Weißbuch der Einsatz von gleichzeitig bis zu 14.000 Soldaten, aufgeteilt auf bis zu fünf verschiedene Einsatzgebiete, formuliert. Aus den internationalen Verpflichtungen ergeben sich weitere Zielvorgaben. So muss die Bundesregierung für die schnelle Eingreiftruppe der NATO mit Vor- und Nachbereitung rund 15.000 Soldaten vorhalten, im Rahmen des EU Headline Goal weitere 18.000. Zusätzlich sollen 1.000 Einsatzkräfte für kurzfristige UN-Missionen bereitstehen sowie 1.000 für Rettungs- und Evakuierungsaktionen.

Modell für Exitstrategie?

Bei jedem neuen Einsatz stellt sich die Frage nach den Grenzen der Belastbarkeit – personell und finanziell. So hat Jung angesichts der wachsenden Aufgaben jüngst die Bremse gezogen, indem er die Fortsetzung der Reduzierungen in Bosnien-Herzegowina ankündigte, wo deutsche Soldaten seit 1995 bei der Überwachung des

Friedensprozesses helfen, zunächst unter NATO-Führung, seit 2004 unter EU-Führung.

Die EU hat einen Vier-Stufen-Plan zum Abzug von EUFOR aus Bosnien-Herzegowina beschlossen, der bis Ende Februar konkret ausgearbeitet werden soll. Der Bundestag hat bereits Ende November die Mandatsobergrenze von 3.000 auf 2.400 Soldaten abgesenkt. Tatsächlich waren jedoch nie mehr als 1.000 Soldaten in Bosnien im Einsatz gewesen; derzeit sind es noch 850. Ein Alleingang beim Rückzug ist nicht vorgesehen, denn auch die EU will in einer ersten Stufe Ende Mai ihre Truppen um zwei Bataillone, also rund 1.000 Mann, reduzieren.

Entlastung bringt momentan der fristgerechte Abzug aus dem Kongo nach vier Monaten. 870 Bundeswehrsoldaten waren dort stationiert, aufgeteilt auf die Stützpunkte in der Hauptstadt Kinshasa und in Libreville im benachbarten Gabun. Die Bundeswehr hatte bei der EUFOR-Mission zur Überwachung der ersten freien Wahlen seit mehr als 40 Jahren die Federführung

übernommen. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, spricht in diesem Zusammenhang von einer „gelungenen Exitstrategie“. Zwar gebe man „das Land auch nach diesem Wahlgang in die Hände der gleichen Leute, die es hemmungslos ausgeplündert haben“. Aber allein durch die Präsenz von EUFOR habe man während der Wahlen „möglicherweise einen Bürgerkrieg im Keim erstickt“. Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan bezweifelt allerdings, dass eine strikte Befristung ein Modell auch für künftige Exitstrategien sein könnte. „Es gibt keinen Modellansatz“, meint er. Jedes Szenario folge einer eigenen Gesetzmäßigkeit. Die Bundeswehr brauche die nötige Flexibilität, um sich darauf einzustellen.

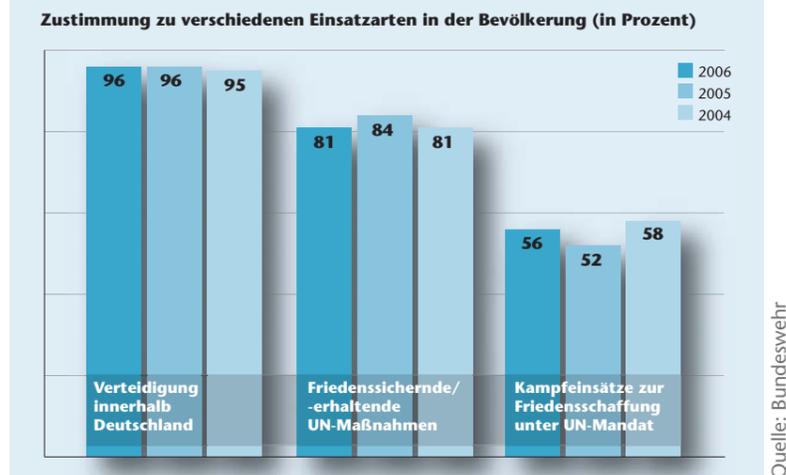
Engpass Logistik

Über 200.000 Soldaten waren bislang im Auslandseinsatz. Bestimmte Fähigkeiten werden dabei besonders strapaziert. So ist der Bereich logistische Unterstützung laut Gertz „absolut auf Rand genäht“. Sanitäter, Pioniere

zur Errichtung von Feldlagern, Fernmelder, Feldjäger, Heeresflieger seien genau „die Bereiche, wo die Belastungsgrenze nicht nur erreicht, sondern eigentlich schon überschritten ist“, sagt der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes. Auch der Politikwissenschaftler Christoph Grams von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik meint, dass die Bundeswehr ein strukturelles Problem hat, weil sie bestimmte Spezialisten in jedem Auslandseinsatz braucht. An der Belastungsgrenze angekommen sieht er die Bundeswehr dennoch nicht. Er weist auf die Schwierigkeit hin, dass die Bundeswehr seit Mitte der 90er Jahre „den größten Umbau in ihrer Geschichte“ bewältigen und gleichzeitig eine Vielzahl von Auslandseinsätzen stemmen müsse – zu denen sie die Transformation eigentlich erst ab 2010 befähigen sollte.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich viel bewegt. Mehr als vier Jahrzehnte hinweg bildete der Einsatz militärischer Macht für die alte Bundesrepublik ein Tabu. Aktuelle

Aufgaben der Bundeswehr



Umfragen zeigen aber, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr grundsätzlich gebilligt werden. Eine Emnid-Umfrage im Auftrag des Verteidigungsministeriums ergab, dass 81 Prozent von 2.000 Befragten friedenserhaltenden Einsätzen zustimmten. Bei Kampfeinsätzen (unter UN-Mandat) lag die Zustimmung immerhin noch

bei 56 Prozent. Der jüngste ARD-Deutschlandtrend, durchgeführt von Infratest dimap, zeigte, dass 57 Prozent der Befragten militärische Einsätze zur Friedenssicherung befürworteten. Dennoch hielt es eine Mehrheit von 69 Prozent für geboten, dass sich die Bundeswehr von der einen oder anderen Mission zurückzieht.



Ratlosigkeit und Aktionismus

Monika Knoche, Die Linke.

Die Linke. ist eine Partei, zu deren politischer Identität es zwingend gehört, die Sicherheits- und Friedensfragen der Welt mit nichtmilitärischen Mitteln zu beantworten. Das Spektrum unserer Mitglieder und Wähler/-innen erwartet von uns, dass Friedenserhaltung und Krisenmanagement mit dem gesamten Repertoire antimilitaristischer und pazifistischer Instrumente umgesetzt wird und lehnt insbesondere den Krieg gegen Terror und den Krieg um Öl ab. Sie sieht das Gewaltmonopol ausschließlich bei der UNO legitimiert und gesteht der Bundeswehr lediglich die nach dem Grundgesetz vorgegebene Selbstverteidigung zu.

Die dezidiert ablehnende Haltung führt dazu, dass Die Linke. die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag ist, die konsequent gegen militärische Gewalt und Krieg Stellung bezieht. Die Position der Fraktion Die Linke., dass militärische Gewalt als Mittel der Politik inakzeptabel und untauglich ist, entspringt nicht nur einem spezifischen ethischen und politischen Selbstverständnis. Sie wird auch aktuell durch die Wirklichkeit bestätigt: Sowohl die Lage im Irak als auch die in Afghanistan führen derzeit zu einer tiefen Ratlosigkeit und einem Aktionismus derer, die von der Tauglichkeit des militärischen Instruments zur Konfliktlösung immer noch überzeugt sind.

Die NATO hat gegenüber Jugoslawien einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt, um eine angebliche humanitäre Katastrophe abzuwenden und ein multiethnisches Kosovo zu garantieren. Das Resultat ist bekannt: eine humanitäre Katastrophe gerade durch den NATO-Krieg für alle dort lebenden Ethnien und ein nahezu ethnisch homogenes Kosovo durch ethnische Säuberungen unter den Augen der NATO-geführten KFOR.

monika.knoche@bundestag.de
www.monikaknoche.de



Riskantes und äußerstes Mittel

Winfried Nachtwei,
Bündnis 90/Die Grünen

Auslandseinsätze der Bundeswehr reichen von humanitären Hilfseinsätzen über die Teilnahme an multinationalen Beobachtermissionen und Friedenserhaltung bis zu Zwangseinsätzen. Nach der Zunahme und Ausweitung der Auslandseinsätze in den letzten Jahren macht sich nun Ernüchterung breit: Offenbar ist es viel schwerer, Auslandseinsätze zu beenden als zu beginnen. In Bevölkerung und auch Politik wird zunehmend und zu Recht nach Wirksamkeit, Sinn und Grenzen von Auslandseinsätzen gefragt. In meinem inzwischen zwölfjährigen Umgang mit Auslandseinsätzen haben sich für mich folgende Kriterien und Konsequenzen herauskristallisiert:

Auslandseinsätze sind ein besonders teures, riskantes und gegebenenfalls auch tückisches „äußerstes“ Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik, mit dem besonders sorgfältig und zurückhaltend umgegangen werden muss.

Sie können notwendig, unverzichtbar und legitim sein, um Gewalt und Krieg einzudämmen und um internationales Recht im Rahmen des Systems der UNO durchzusetzen. Bei der großen Masse aller internationalen Kriseneinsätze geht es um die Schlüsselfrage, den schwierigen Weg von einem Krieg über einen Waffenstillstand zu einem selbsttragenden Friedensprozess abzusichern. Dabei kann militärische Friedenserhaltung nie Frieden schaffen, sondern nur „Zeit kaufen“ für politische Konfliktlösung.

Aus diesem Grund müssen Auslandseinsätze eingebettet sein in ein Konzept politischer Konfliktlösung; die vielen verschiedenen Akteure müssen an einem Strick ziehen; die immer wichtigeren diplomatischen, polizeilichen und zivilen Komponenten eines Friedenseinsatzes müssen schleunigst gestärkt werden.

Daraus leiten wir folgende drängende Schritte ab: Klärung unserer Sicherheitsinteressen angesichts globalisierter Unsicherheiten, systematische Auswertung der bisherigen Auslandseinsätze, vorrangige Investitionen in Fähigkeiten der zivilen Krisenprävention.

winfried.nachtwei@bundestag.de
www.nachtwei.de



D E B A T T E

In vielen Nachbarländern gibt es ihn schon: einen umfassenden Nichtraucherschutz. Nach Spanien, Italien, Irland und Frankreich will nun auch Deutschland nachziehen. Doch herrscht Uneinigkeit: Wie weit soll das Rauchverbot gehen? Soll der blaue Dunst generell in der Öffentlichkeit und in Gaststätten verboten sein oder soll es Ausnahmen geben?

Streitgespräch: Nichtraucherschutz

Nachdem sich die Koalitionsfraktionen bereits auf ein bundeseinheitliches Rauchverbot geeinigt hatten, heißt es nun, der Bund sei gar nicht zuständig. In einem Streitgespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Binding und dem Drogenbeauftragten der FDP-Fraktion Detlef Parr versucht BLICKPUNKT BUNDESTAG, Klarheit in die verworrene Lage zu bringen.



Detlef Parr (FDP).

Lothar Binding (SPD).

Viel Rauch um nichts?

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

Blickpunkt Bundestag: Meine Herren, rauchen Sie?
Lothar Binding: Nein. Aber in meiner Jugend war ich zwölf Jahre lang Raucher.
Detlef Parr: Ich bin lange Jahre Leistungssportler gewesen und deshalb bin ich Nichtraucher.
Blickpunkt: Warum, Herr Binding, haben die Koalitionsfraktionen monatelang über einen umfassenden Nichtraucherschutz beraten, wenn der Bund offenbar verfassungsrechtlich gar nicht zuständig ist?
Binding: Es gibt höchst unterschiedliche Gutachten darüber. So halten die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages den Bund für zuständig, das Innenministerium ist gegensätzlicher Auffassung. Wir haben also eine sehr verworrene Gutachterlage. Leider ist es häufig so, dass immer dann, wenn ein Gesetz inhaltlich nicht gefällt, die Verfassungsfrage thematisiert wird, um so eine Regelung erst einmal wieder in Frage zu stellen.
Blickpunkt: Herr Parr, wie ist Ihre Meinung? Hat sich hier das Parlament blamiert?
Parr: Ja, man muss hier schon von einem dilettantischen Vorgehen sprechen. Da tagt eine Arbeitsgruppe wochenlang und die Vorschläge werden wegen verfassungsrechtlicher Bedenken einfach vom Tisch gewischt. Mit der Föderalismusreform war schon seit Juli eigentlich klar, dass das Gaststättenrecht nunmehr Landesrecht ist. So hat die Arbeitsgruppe nur Verwirrung gestiftet.

Blickpunkt: Wäre eine Aufspaltung des Nichtraucherschutzes auf Länderebene denn überhaupt sinnvoll?
Binding: Nein. Niemand würde verstehen, wenn in einem Dorf diesseits einer Landesgrenze völlig andere Regeln gelten als in der Gaststätte der nächsten Stadt jenseits dieser Grenze. Gesundheitspolitik und Arbeitsschutz sind bundesweite Themen. Wir fordern ja zu Recht gleiche Lebensbedingungen in Deutschland. Deshalb dürfen wir nicht in Bayern oder in Hamburg andere Gesundheitsmaßstäbe anlegen als anderswo. Sonst bekommen wir Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse.
Parr: Die Frage nach der Bundeskompetenz besteht zu Recht. Denn der Bund kann eigentlich nur über die Arbeitsstättenverordnung agieren, ansonsten sind die Länder und Kommunen zuständig. Statt sich zu überheben, sollte der Bund eine Regelung favorisieren, die die Betroffenen selbst vornehmen. Das ist immer besser als ein Diktat von oben.
Blickpunkt: Immerhin hatten sich die Koalitionsfraktionen ja schon darauf geeinigt, nicht nur in allen öffentlichen Gebäuden, sondern auch in Gaststätten das Rauchen zu verbieten. Nur in Kneipen, Bars und wohl auch in Cafés sollte der blaue Dunst weiter erlaubt sein.
Binding: In der Tat sah es nach den Gesprächen mit den Fraktionsführungen und der Regierung sehr gut aus, dass es auch in Deutschland nun bald einen effektiven Nichtraucherschutz vor dem Passivrauchen geben wird. Ich finde,

wir hatten einen sehr guten Kompromiss erzielt: Denn in vielen Bereichen – in Schulen, Universitäten, öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln und nun auch in Speisegaststätten und Diskotheken – sollte es ein Rauchverbot geben. Die Einbeziehung der Gastronomie ist deshalb so wichtig, weil dort ja nicht nur Gäste, sondern auch die Beschäftigten dauerhaft einem erhöhten Herzinfarkt- und Krebsrisiko durch Rauch ausgesetzt sind. Außerdem ist man ohne blauen Dunst einfach angenehmer. Ich bedaure, dass wir diese konsequente Überlegung hinsichtlich der Schankwirtschaften und Bierzelte nicht in gleicher Weise im Konsens erarbeiten konnten.
Blickpunkt: Herr Parr, wie ist die Haltung der Liberalen zum Nichtraucherschutz? Brauchen wir da eine neue Gesetzgebung?
Parr: Nein, ich bin da sehr skeptisch. Denn wir sind ja schon jetzt dabei, uns in Deutschland zu Tode durchzuregulieren und die bestehenden Gesetze zu vollziehen. Übrigens besteht in den meisten Bundesländern bereits ein Rauchverbot an Schulen, der Personennahverkehr ist so gut wie rauchfrei. Wir sollten doch zunächst die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – wie über das Hausrecht – konsequent umsetzen. Ich bin mir mit dem Kollegen Binding durchaus einig, dass wir uns in Sachen Nichtraucherschutz noch stärker engagieren müssen. Worüber wir streiten, ist der Weg dahin. Wir Liberale sind der Meinung, wir sollten

statt staatlicher Eingriffe lieber den Weg über Freiwilligkeit, Selbstverpflichtung und über Vereinbarungen gehen, wie sie ja schon der DEHOGA – der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband – mit dem Gesundheitsministerium getroffen hat. Hier sind auch die Gastronomen gefragt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat uns gerade wieder ins Stammbuch geschrieben: Nicht jedes Problem braucht ein Gesetz. Deshalb lieber Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung. Damit sind wir schon durchaus erfolgreich. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Seit Jahren gibt es einen Trend nach unten. Inzwischen raucht nur noch jeder Vierte.
Binding: Rauchen schadet aber nicht nur den Rauchern, sondern auch massiv jenen Menschen, die den Qualm ertragen müssen, den Passivrauchern, wie wir sagen. Diesen Menschen gegenüber haben wir eine besondere Verantwortung. Das gilt an erster Stelle denen, die ihren Arbeitsplatz in der Gastronomie haben; immerhin rund eine Million Arbeitnehmer – darunter circa 7.000 Schwangere –, die hier täglich den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens ausgesetzt sind. Allein durch das Passivrauchen haben wir rund 3.000 Tote im Jahr. Hinzu kommen jährlich 130.000 Tote durch aktives Rauchen. Das sind doch erschreckende Zahlen!
Parr: Man kann Zahlen immer mit Zahlen und Studien mit Gegenstudien erwidern. Auf diese Diskussion sollten wir

uns nicht einlassen. Hier geht es nicht um Gleichgültigkeit, sondern um verfassungskonformes Handeln. Man muss doch Bedenken von Verfassungsrechtlern ernst nehmen. Die Arbeitsgruppe sollte eigentlich in der Lage sein, Vorschläge zu machen, die nicht schon aus formaljuristischen Gründen scheitern.

Blickpunkt: In Gaststätten geht man freiwillig, um mit anderen zu kommunizieren. Muss da gleich der große Hammer des Rauchverbots geschwungen werden?

Binding: „Müsste“ nicht. Wenn das vernünftige Miteinander wirklich freiwillig funktionierte, bräuchten wir keine neuen Regeln. Wir sehen aber, dass es eben nicht funktioniert. Das hängt damit zusammen, dass Rauchen eine Sucht ist und viele nicht mehr frei entscheiden können, ob sie in einem Moment rauchen oder nicht. Als Raucher denkt man zwar immer, man könne jederzeit aufhören. Aber darauf angesprochen, wird erwidert, nicht hier und jetzt, später, vielleicht ab morgen.

Parr: Warum warten wir die freiwillige Vereinbarung zwischen der DEHOGA und dem Gesundheitsministerium nicht ab? Diese Zielvereinbarung für mehr Nichtrauchererschutz läuft 2008 ab, dann kann man vernünftig weitersehen. Also etwas mehr Geduld bitte! Ich verweise zudem darauf, was alles heute schon freiwillig geregelt ist: Flüge sind rauchfrei, viele Hotels haben rauchfreie Zimmer und Frühstücksräume, in der Bahn trinke ich Kaffee, ohne vernebelt zu werden – also vieles ist im Gang. Deshalb erscheint mir jetzt ein striktes und totales Rauchverbot unpassend zu sein.

LOTHAR BINDING (SPD),

Jahrgang 1950, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der gelernte Starkstromelektriker und Mathematiker ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss.

lothar.binding@bundestag.de
www.lothar-binding.de

Binding: Ich gestehe dem DEHOGA durchaus zu, sich anzustrengen, die mit der Regierung geschlossene Vereinbarung, in Gaststätten eine gewisse Anzahl von rauchfreien Plätzen zu schaffen, einzuhalten. Nur: Viele Gaststätten sind überhaupt nicht im DEHOGA organisiert. Und selbst, wenn der Dehoga zu hundert Prozent die Zielvorgabe erreichte, bliebe der Schutz der Menschen auf der Strecke: Jeder weiß, dass selbst dann unfreiwillig mitgeraucht wird, wenn in irgendeiner kleinen Ecke des Raumes gequalmt wird. Gase vermischen sich, der Rauch und der karzinogene Feinstaub verteilen sich im gesamten Raum. Man kann Nichtraucher- und Raucherplätze in einem Raum zwar vertraglich, aber nicht räumlich so trennen, dass der Gesundheitsschutz gewährleistet ist.

Blickpunkt: Aber ist nicht auch die geplante Unterscheidung von Gaststätten und Kneipen wirklichkeitsfremd? Wieso darf man in der Eckkneipe bei Buletten und Kartoffelsalat weiter rauchen, beim Italiener um die Ecke aber nicht?

Binding: Sie haben Recht. Dieser Vorschlag im Kompromiss ist weder logisch zu erklären, noch mit den Zielen



eines allgemeinen Gesundheits- oder Arbeitsschutzes vereinbar. Schon die Unterscheidung zwischen Restaurants und Eckkneipen ist in der Praxis schwierig, weil die Übergänge fließend sind. Es geht aber noch weiter: Nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift ist eine Gaststätte, in der es auch Brötchen und erwärmte Frikadellen gibt, eine Speisegaststätte; wenn nur Nüsse oder Salzstangen ausgegeben werden, ist es eine Schankwirtschaft. Solche praxisfernen Vereinbarungen sind dem Kompromiss zwischen meinen Vorstellungen und anderen, die am liebsten alles so lassen würden, wie es ist, geschuldet. Ich bin froh, dass wir uns wenigstens bei Diskotheken – für mich eine Tanzsportstätte – auf eine gute Lösung verständigen konnten. Denn in Diskotheken würden die Gifte besonders intensiv aufgenommen, weil man sich ja heftig bewegt.

Parr: Ein grundsätzliches Rauchverbot in Speisegaststätten lehne ich ab, denn es sollten auch in Speiserestaurants Entscheidungsmöglichkeiten für die Gastronomen und Wahlmöglichkeiten für die Gäste gegeben sein. So müssen bei ausreichender räumlicher Trennung Raucherbereiche möglich sein. Auch wirksame und effektive Belüftungsanlagen bieten weitere Möglichkeiten des Schutzes. In diesem Bereich des technischen Nichtrauchererschutzes hat sich übrigens viel getan. Ein Ausnahmeregelung für Schankbetriebe finde ich eigentlich ganz vernünftig, denn so kann auch die „Eckkneipe“ ihre Existenz sichern und im Übrigen hindert es ja keinen Kneipen- oder Bistrosbesitzer, trotzdem eine rauchfreie Lokalität vorzuhalten. Problematisch sehe ich allerdings auch, wie eine Trennung zwischen Gaststätte und Kneipe kontrolliert werden kann. Deutschland darf nicht zum Schnüffelstaat werden.

DETLEF PARR (FDP),

Jahrgang 1942, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der frühere Realschuldirektor ist Sucht- und Drogenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und deren Obmann im Sportausschuss.

detlef.parr@bundestag.de
www.detlef-parr.de



Reden Sie mit beim Thema „Nichtraucherschutz“:

Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

Islamkonferenz zwischen Religion und Politik

ESSAY

von Jamal Malik

Endlich nimmt uns der Staat ernst“, so ein aufgeregter muslimischer Aktivist, der sich nun in seiner religiösen Identität verstanden fühlte. Selbst säkulare Muslime waren nicht minder positiv überrascht über die Initiative des Innenministeriums. Die Islamkonferenz mit ihren zahlreichen Untergruppen soll Wege der Integration von Muslimen in Deutschland aushandeln und erklärtermaßen für Verständigung der Religionen im demokratischen Gemeinwesen werben.

Ausgangspunkt ist der Dialog mit dem Islam, der eine spektakuläre Konjunktur erfährt und einem vermeintlichen Kampf der Kulturen vorbeugen oder gar begegnen soll. Dies ist politisch opportun, weil Komplexitätsreduzierend, jedoch problematisch, weil Religion zum kulturellen Mittel für politische Rationalität mutiert und die Islamkonferenz zum wichtigen Instrument von Integrationsbemühungen wird. Zudem wird der „Meilenstein im Dialog“ mit Sicherheitserwägungen verknüpft. „Der Islam ist nicht terroristisch, aber viele Terroristen sind muslimisch“, heißt es in Regierungskreisen. Dabei verhält sich der gemeine Muslim doch verfassungskonform. Religion ist ja nur eine Identität neben vielen, selbst wenn Muslime sich vermehrt um den von ihnen wahrgenommenen Grund ihrer Diskriminierung, nämlich ihre religiöse Zugehörigkeit, zusammenfinden. Die Konfessionalisierung des politischen Diskurses in öffentlichen Debatten schweißt Muslime ja zusammen, ungeachtet ethnischer und nationaler Herkunft und religiöser Überzeugung.

Ob nun „Ethnomarketing“ das geforderte Zentrum schaffen kann, um eine Transformation von Migranten muslimischen Glaubens in eine muslimische Gemeinde und damit in einen kollektiven deutschen Akteur zu leisten und so die vielfältigen Probleme tatsächlich besser angehen lässt oder vielmehr verschiebt und inwiefern sie politisch wünschbar ist, diese Fragen wurden bisher nicht gestellt. Denn mit dem Bemühen des Staates um eine notwendige muslimische Repräsentanz wird auch ein muslimischer Purismus gefördert und gefordert. Ganz offensichtlich hat der politische Diskurs eine kulturalistische, ja man möchte sagen islamische Wende vollzogen. Die Islamkonferenz soll nun religiöse Kommunikation in politisches Handeln ummünzen. Nun hat die Dialektik eines Multikulturalismus nicht nur zur Debatte über Leitkultur geführt. Die im Zuge der vermeintlichen Säkularisierung abhanden gekommene Religion betritt die Arena des politischen Diskurses. In dem Maße, da das Politische kulturalisiert und religiöse Identität adressiert wird,

besteht natürlich die Gefahr, dass politische Kernanliegen verdrängt werden: Denn als Bürger hat ein Muslim Rechte und Pflichten, die ganz außerhalb des Bereichs der Religion angesiedelt sind – und nach demokratischem Verständnis sein müssen. Die großen Religionsgemeinschaften unterstützen nicht ohne Interesse diese Konfessionalisierung des Integrationsdiskurses, um sich nach außen und nach innen zu festigen. Abzuwarten bleibt, ob die unabhängigen Repräsentanten der Islamkonferenz darüber erhaben sind – vielleicht weil sie wissen, dass die Integrationsprobleme nicht in erster Linie durch einen auf religiöse Zugehörigkeit und theologischen Austausch festgelegten Diskurs gelöst werden und über die notwendige Transparenz und kommunikative Kompetenz verfügen. Die Islamkonferenz kann und soll daher ein Signal für aktives Engagement mit Pluralität sein. Aber genau dies scheint gegenwärtig schwer zu gelingen, weil eindeutige Religionszuweisung und religiöse Identitätsbekenntnisse angefordert werden und man damit Gefahr läuft, die Grenzen zwischen Volks- und Glaubenszugehörigkeit zu zementieren. Nimmt der Staat die Muslime etwa zu ernst, wenn er migrationspolitischen Handlungsbedarf und Fragen von Glauben und religiöser Identität sowie Sicherheit zusammenführt, um den brennenden Problemen von niedrigem Bildungsniveau, hoher Arbeitslosenrate und Jugendkriminalität zu begegnen? Eine voreilige Verknüpfung des Dialogs mit securitization und die Übersetzung der Integrationsfrage in eine primär religiöse sind nicht unproblematisch. Gleichwohl kann der Dialog einen Ansprechpartner in Religionsfragen hervorbringen, der ansprechbar ist und sich zu bestimmten Fragen zu Wort meldet. Muss es aber, ja, kann es überhaupt viel mehr sein? Vielleicht entsteht Handlungskompetenz eher auf lokaler Ebene. Dies widerspricht nicht föderalen Strukturen in Deutschland und auch nicht einer dezentralen Religion wie dem Islam.

Religion und Staat im Dialog: Welche Perspektiven hat die Islamkonferenz?



Religion und Staat im Dialog: Welche Perspektiven hat die Islamkonferenz?



Prof. Dr. Jamal Malik, geboren 1956 in Peshawar/Pakistan, ist Professor für Islamwissenschaft an der Universität Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem: muslimische Minderheitengesellschaften in Europa, islamische Mystik und Sozialgeschichte Südasiens.

Drei Fragen an Abgeordnete

Herr Terpe, was ist ihr Lieblingssort in Berlin?

Der schönste Platz hier ist für mich der Gendarmenmarkt. Leider fehlt mir die Zeit, ihn oft aufzusuchen. Ansonsten liebe ich die wenigen ruhigen Plätze in meinem Stadtbezirk, dem Prenzlauer Berg. Da empfehle ich jedem einen Spaziergang zum Helmholzplatz oder zu den ruhigen Punkten um die Gethsemanekirche.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Gelacht habe ich gerade erst über einen „Verhörer“ und einen darauf folgenden Versprecher meines kleinen Sohnes (3 Jahre). Überhaupt lässt sich die Erfahrung machen, dass man mit Kindern viel lachen kann. Das ist vielleicht ein Ansporn für alle, die noch keine Kinder haben.



Harald Terpe
(Bündnis 90/Die Grünen).

Was soll als Nächstes von Ihrem Schreibtisch?

In den nächsten Tagen soll unbedingt ein Brief an einen Mitbürger gehen, der sich zu Recht darüber beschwerte, dass die Antwort so lange auf sich warten lässt. Gerade wenn es, wie in diesem Fall, um Entwicklungspolitik und Menschenrechte geht, sind oft tiefgreifendere Recherchen erforderlich.

Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen), Jahrgang 1954, ist 2005 über die Landesliste Mecklenburg-Vorpommern erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Er ist ordentliches Mitglied des Gesundheitsausschusses.

Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade den Roman „Und Gott trägt einen blauen Pullover“ und „Dialektik der Säkularisierung – Über Vernunft und Religion“

Zum Buchlesen komme ich leider nur abends spät, da empfinde ich am ehesten die Ruhe und die Muße. Ich habe die Angewohnheit, Eselsohren in die Seiten zu knicken, damit ich die Stelle wiederfinde. So erzählen meine Bücher auch viel über den „Leseprozess“ – im Urlaub sind die Knicke etwa weiter auseinander...

nachdenkliche Antworten aus und außerhalb der Bibel.

Außerdem liegt noch etwas schwerere Kost auf meinem Nachttisch: ein Dialog zwischen Jürgen Habermas und Joseph Ratzinger zur „Dialektik der Säkularisierung“. Mein Freund, ein Habermas-Kenner, hat mich darauf aufmerksam gemacht, weil er mich gerne mit listigen Fragen über den katholischen Glauben „malträtiert“. Das optisch dünne, aber inhaltlich gehaltvolle Buch kam mir da also gerade recht. Zwei der größten Denker fragen sich, ob Religion der Vernunft Grenzen setzen kann oder umgekehrt. Sehr lesenswert!

In meinem Wahlkreis in Bad Kreuznach habe ich letztens den Roman „Balzac und die kleine chinesische Schneiderin“ von Dai Sijie zu Ende gelesen. Mein CDU-Kreisvorsitzender hat mir das Buch mit dem Hinweis: „Hol’ dir auch mal andere Gedanken, nicht nur die Tageszeitungen mit den

politischen Meldungen“, geschenkt. Zwei chinesische Studenten werden zur kulturellen Umerziehung in ein abgelegenes Bergdorf geschickt. Sie sehen nur eine Überlebenschance: Sie müssen an einen Lederkoffer kommen, der die verbotenen Meisterwerke der westlichen Weltliteratur enthält. Eine schöne Liebesgeschichte – aber auch die Politik spielt wieder eine Rolle ...

Von Büchern, die ich gelesen habe, kann ich mich übrigens nicht trennen. Und so steht wieder eines im Regal. Mit vielen Eselsohren.

Holger Schlageter: Und Gott trägt einen blauen Pullover; Matthias-Grünwald-Verlag, Ostfildern, 2004

Joseph Ratzinger, Jürgen Habermas: Dialektik der Säkularisierung – Über Vernunft und Religion; Herder, Freiburg i.Br., 2005

Dai Sijie: Balzac und die kleine chinesische Schneiderin; Piper, München, 2003

Julia Klöckner, Jahrgang 1972, ist seit 2002 Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Fraktion CDU/CSU. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



Julia Klöckner
(CDU/CSU).

Report: Bürgerpreis 2006 Helden des Alltags



Sieger in der Kategorie „Junior“: Admir Bucan aus Vermold erhält den Preis von Staatssekretär Gerd Hoofe.



für mich.
für uns.
für alle.

Die Spannung steigt im ARD-Hauptstadtstudio. Gleich werden die nationalen Gewinner des Bürgerpreises bekannt gegeben, der in diesem Jahr unter dem Motto „Kultur verbindet“ steht. Über 1.000 ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen und Gruppen – so viele wie noch nie – hatten sich um diesen größten Ehrenamtspreis Deutschlands beworben, der alljährlich zunächst auf lokaler und regionaler und dann auf Bundesebene vergeben wird.

Gar nicht so einfach für die Jury, sich zwischen den vielen Bewerbern zu entscheiden. „Wir alle waren hin und weg und haben wirklich einen ganzen Tag lang gerungen, die Preisträger zu finden. Eigentlich haben wir viel zu wenig Preise“, sagt Michael Bürsch (SPD), Jurymitglied und Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement auf der Preisverleihung am 11. Dezember, die vom Chef des Hauses, Thomas Roth, moderiert wird.

Zweieinhalb Jahre lang war Bürsch Mitglied der Bundestags-Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Als die Kommission ihren Auftrag erfüllt hatte, wollten er und einige andere Parlamentarier, die ihr angehört

hatten, die Anerkennung für Engagement fortsetzen. Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie den Sparkassen gründeten sie im März 2003 die Initiative „für mich, für uns, für alle“, die seither den Bürgerpreis vergibt. Dotiert ist er mit Sachpreisen im Wert von insgesamt 179.000 Euro, davon gehen 30.000 Euro an die nationalen Gewinner.

Anerkennung im Ehrenamt Ziel der Initiative, die unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert steht, ist es, bürokratische Hemmnisse für bürgerschaftliches Engagement aus dem Weg zu räumen, den Schutz für die Engagierten zu verbessern und ihnen öffentliche Anerkennung zukommen zu lassen. Außerdem will sie möglichst viele weitere Menschen für ein Ehrenamt begeistern.

Und das scheint zu gelingen: In Deutschland engagiert sich heute jeder Dritte über 14 Jahre freiwillig, Tendenz steigend. Was das bürgerschaftliche Engagement betreffe, stehe Deutschland gut da, so Bürsch. „Es gibt eine enorme Vielfalt. Auch in der Qualität des Engagements sind

wir in den letzten Jahren weitergekommen.“

Von beidem kann sich das Publikum auf der Preisverleihung selbst überzeugen. Der Nationale Bürgerpreis in der Kategorie „Alltagshelden“ geht an den Esslinger Verein „Kultur am Rande“, der gemeinsam mit Obdachlosen Kunst-, Literatur- und Theaterprojekte organisiert. In der Kategorie „Arbeit & Engagement“

wird das Tischlereiunternehmen Auerbach & Hahn aus dem sächsischen Wilsdruff ausgezeichnet. Die beiden Firmengründer fördern das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter und unterstützen zwei Schulen in ihrer Gemeinde finanziell. Für sein Lebenswerk wird Gerhard

Hoch geehrt. Der 81-Jährige aus Alveslohe setzt sich seit mehr als dreißig Jahren dafür ein, dass die NS-Vergangenheit seiner Heimatregion nicht in Vergessenheit gerät.

Und weil sich immer mehr junge Menschen ehrenamtlich engagieren, wird der Bürgerpreis dieses Jahr erstmals auch in der Kategorie „Junior“ vergeben. Admir Bucan heißt der glückliche Gewinner. Der 19-Jährige aus Vermold ist Leiter mehrerer Break- und Streetdance-Gruppen und Trainer einer Fußballmannschaft – alles ehrenamtlich natürlich. Spätestens als der junge Mann freudestrahlend auf die Bühne stürmt, um unter dem Jubel seiner mit angereisten Fans und Schüler die Auszeichnung entgegenzunehmen, wird klar: Ehrenamtliches Engagement hilft nicht nur anderen, es gibt auch dem Engagierten selbst Anerkennung und Bestätigung.

Text: Nicole Alexander



Infos zum Bürgerpreis und zum Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“: www.buerger-engagement.de www.bundestag.de (Rubrik Ausschüsse)

Politik heißt Detailarbeit.
Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten
ungewöhnliche Spezialgebiete.
Hier werden sie vorgestellt.

EXPERTEN



Interessieren Sie Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich, Frau Bluhm?

Wenn es sich um Maßnahmen handelt, die von Kommunen mitfinanziert werden müssen, dann interessiert mich das sehr. Die Folgen solcher Maßnahmen sind schlecht für Kommunen. Ich komme aus der Kommunalpolitik und weiß, wie wichtig es ist, dass die Entscheidung, ob eine Brücke, eine Schule oder ein Krankenhaus saniert werden soll, am kompetentesten vor Ort getroffen wird. Sogenannte zweckgebundene Finanzmittel aus Sonderprogrammen behindern aber kommunale Selbstverwaltung. Sie schreiben vor, statt Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Im September 1998 beschloss der Deutsche Bundestag ein „Gesetz zur Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes“. Seitdem müssen bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich Straße/Schiene die Kommunen ein Drittel

der Kosten übernehmen, wenn sie Träger der Baulast der kreuzenden Straße sind. Wegen der desolaten Haushaltslage in vielen Kommunen können sie diese finanziellen Verpflichtungen nicht mehr tragen. Es gibt Fälle, da übersteigt die entsprechende Mitfinanzierung das aktuelle Haushaltsbudget einer Kommune um ein Mehrfaches. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Meine Fraktion hat im Mai letzten Jahres einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem Kommunen von der Mitfinanzierung dieser Baumaßnahmen befreit werden sollen.

Folge des Gesetzes von 1998 war nämlich auch, dass wirtschaftlich notwendige Sanierungen von Schienenwegen seitens der Kommunen abgelehnt wurden, wenn Bahnübergänge oder Brücken in kommunaler Straßenbaulast mit zum Teil hohem finanziel-

len Aufwand erneuert, renoviert oder technisch gesichert werden mussten.

Aus Sicht der Kommunen ein verständliches Verhalten, aber so wird die Chance vergeben, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und somit umweltgerechte Verkehrspolitik zu fördern. Mit unserem Antrag, der gegenwärtig in den Ausschüssen beraten wird, würde die Kostenübernahme für kommunale Brückenbauwerke, die Bahnanlagen betreffen, neu geregelt. Gemeinden sollen von der Mischfinanzierung befreit und somit finanziell entlastet werden. Das ist eine einfache und gerechte Lösung.

Foto: studio kohlmeier

Heidrun Bluhm, Jahrgang 1958, ist seit 2005 Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Mitglied der Fraktion Die Linke. Sie ist Bauzeichnerin und Innenarchitektin und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: N. N.

Redaktion: Klemens Vogel, Petra Grampe bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-191
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold (Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68,
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf
Art Direction: Hans-Dieter Großjohann, Daniel Kirschner

Onlineproduktion: Sebastian Kreideweiß

Produktion: Patrick Pabst

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb: Petra Grampe
Fax: (030) 650 00-191
E-Mail: p.grampe@media-consulta.com

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Redaktionsschluss: 16. Januar 2007

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Bürgerpreis/Marc Bürger: S. 35; Deutscher Bundestag: S. 2 (unten), 25 (unten), 26 (unten), 27 (unten), 28, 29 (unten), 34; Jamal Malik: S. 33 (unten); Louisa Manz: S. 2 (oben); Marc Mendelson (Grafiken): S. 26 (oben), 29 (oben); Photothek: S. 30–32; Picture-Alliance/dpa: Titel, S. 3, 6–10, 24, 25 (oben), 27 (oben); studio kohlmeier: S. 1 (oben), 4–5, 11–23, 36; Ullstein: S. 33 (oben);

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-191
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2007
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement verlängert sich um acht weitere Ausgaben, wenn ich nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der siebten Ausgabe das Abonnement schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb von 14 Tagen mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

ggf. Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Postleitzahl, Ort

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Kontoinhaber

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum, Unterschrift



Die große Parlamentsreform

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

*
Neustart: **5. Februar 2007**

Bestellen Sie ein Vier - Wochen - Probeabo.
Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 0 69 - 75 01 42 53
parlament@fsd.de
www.das-parlament.de

STREITFALL DATENSCHUTZ

Eine Hinterlassenschaft der fortiter Zothe
incredil ascivius agricolae, etcivius. **SEITE 5**

BAHN POKER

Warum Zotheas fortiter vocificat sinlasci
agricolae, sinas vocificat lascivius. **SEITE 8**

MISSION LIBANON

Bundeswehr Zotheas civius ascivius
fortiter vocificat lascivius civius. **SEITE 10**

Das Parlament

Berlin, Montag 4. September 2006

KOPF DER WOCHE

Schlichter aus
Passion

Rückkehr der Ökologie

ERNÄHRUNG Seit Quinquennalis oratori miscere adla abilis. Plane adfabilis syrtes conubium vere

56. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1

www.das-parlament.de